

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1949

28 (15.7.1949)

Demontage contra Marshallplan

Der Schlußbericht der Pariser Wirtschaftskonferenz vom 21. 6. 1947, bei der 16 Nationen vertreten waren, enthält die nachstehende wichtige Feststellung:

- 1. um die Produktion zu steigern und dadurch die vereinbarten Produktionsziele besonders für Nahrungsmittel und Kohle zu erreichen.
- 2. um die vorhandene Produktionskapazität auf die beste und wirksamste Weise auszunutzen und die verfügbaren Arbeitskräfte am zweckmäßigsten einzusetzen.
- 3. um unter Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsgrades in jedem Lande alle zur beschleunigten Wiederherstellung finanzieller und wirtschaftlicher Stabilität erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

Verbote und Demontagen in deutscher Sicht

Wir erheben keine Einwände gegen die Demontage oder Zerstörung industrieller Werke und Anlagen, die nur dem Kriegszweck dienen und nicht auf Friedensproduktion umgestellt werden können. Wir erkennen die Forderung der Alliierten nach Sicherheit voll an; sie deckt sich mit der unariem, unerschütterlichen Weltanschauung, die sich in der westlichen Welt ausbreitet.

heute demontiert werden sollen, die Sicherheit der Alliierten gefährden könnten. Deutschland wurde völlig entwaffnet, und es gibt zahlreiche Möglichkeiten für die Welt, die wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Industrie unter Kontrolle zu halten. Stahl, Treibstoffe, Kohlenwasserstoffe, Kautschuk, alles dies sind Produkte, die in jeder Friedenswirtschaft unentbehrlich sind. Wo will man eine Grenze ziehen, wenn man den Produktionsstätten dieser Stoffe ein Kriegspotential zusprechen sollte?

Was bedeutet nun die Demontage in Anbetracht der oben erwähnten Feststellungen?

- 1. Es wird für Westdeutschland unmöglich sein, die vereinbarten Produktionsziele zu erreichen.
- 2. Anstatt die vorhandene Produktionskapazität auszunutzen, werden wertvolle Anlagen zerstört und eine große Zahl von Arbeitern brechen gemüht.
- 3. Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Stabilität wird verzögert und der Beschäftigungsgrad wird vermindert.

Das sind die unmittelbaren Auswirkungen der Demontage. Solange das ERP in Westdeutschland ist, wird der amerikanische Steuerzahler den Hauptteil der Auswirkungen dieser Handlungsmassnahmen bezahlen. Aber was wird später eintreten, wenn niemand mehr ERP in tiefer Sorge um die Zukunft Westeuropas apostrophiert, wie in letzter Stunde an die verantwortlichen Staatsmänner in aller Welt?

Das zuvor erwähnte Werk Wessling ist ausdrücklich von dem Verbot ausgenommen und darf die Produktion fortsetzen. Warum dann das Verbot der anderen Hydrierwerke? Die Demontage der Hydrierwerke würde Arbeitsmöglichkeiten für 10 000 Arbeiter beseitigen.



Der Fall der Geleisenberg Benzol AG ist besonders schwerwiegend, weil diese Firma auf Grund der durch Dienststellen der Militärregierung erteilten Betriebsgenehmigung und auf Grund der mit Dagestellung der Muttergesellschaften ihren Sitz in USA haben, — ohnebestimmten langfristigen Verträge 11 Mill. DM aufbewahrt hat, um das Werk für die Ölverarbeitung in Stand zu setzen.

Das Verbot und die Demontage der Hydrierwerke in Westdeutschland sind in einem Ausmaß angeordnet, das in den USA Großversandlungen zur Hydrierung von Kohle und Schieferöl in Betrieb genommen werden. Neben der ungeheuren großen Erdölförderung sollen in den USA auf Grund der „Synthetic Liquid Fuel Act“ Großanlagen zur Herstellung von Treibstoffen errichtet werden. Das Hydrierverfahren wurde bereits 1913 in Deutschland ausgearbeitet und später der ganzen Welt zur Verwertung ausgebaut.

Wenn Deutschland bereits auf die Hydrierung von Kohle verzichten muß, so sollte man ihn wenigstens gestatten, importiertes Rohöl in den Hydrierwerken zu verarbeiten, dessen Einfuhr jederzeit gestoppt werden kann.

Die Meinung der Arbeiter

Der Stillehrer Herbert Rasmacher, einer der 3000 Geleisenbergarbeiter, Mitglied des Betriebsrats seit 1945, jetzt Leiter der Gewerkschaft, sagt dazu folgendes:

Ich kann diese Demontage-Idee nicht verstehen. Sie bejahen Widerstand und Produktion und jetzt sind sie dabei, uns zu demontieren. Ich kann mir nicht vorstellen, daß irgend ein wirtschaftlicher Mensch in der Welt diese Sinnlosigkeit gutheißen könnte. Gestern haben sie der etwa 2000 deutschen Arbeiter eine Protest- und jetzt wollen sie ihr zweites Bein amputieren.

Unentbehrliche Fischer-Tropsch-Anlagen

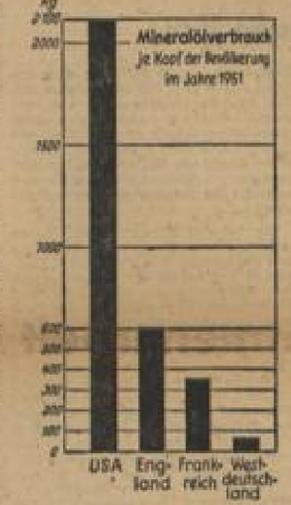
Im Jahre 1935 wurde von den deutschen Forschern Fischer- und Tropsch-

ein neues Verfahren zur Herstellung von Kohlenwasserstoffen aus Wasserstoff erfunden. Die Rohstoffgrundlage für die Fischer-Tropsch-Synthese im Ruhrgebiet sind Koks und Kokensgas.

In Deutschland werden mit Hilfe der Fischer-Tropsch-Synthese in erster Linie Produkte hergestellt, die in der chemischen Industrie auf Waschmittel, Seife, Weichmacher, Treibstoffmittel und andere wichtige Stoffe verarbeitet werden. Bei der Synthese fallen nur 20% Benzol (Gasoline) an. Dieses Benzol ist außerdem infolge seiner niedrigen Oktanzahl als Motorkraftstoff wenig geeignet; es wird daher hauptsächlich als Lösungsmittel benutzt. Der Fischer-Tropsch-Verfahren stellt also eine ausgezeichnete Friedensindustrie dar!

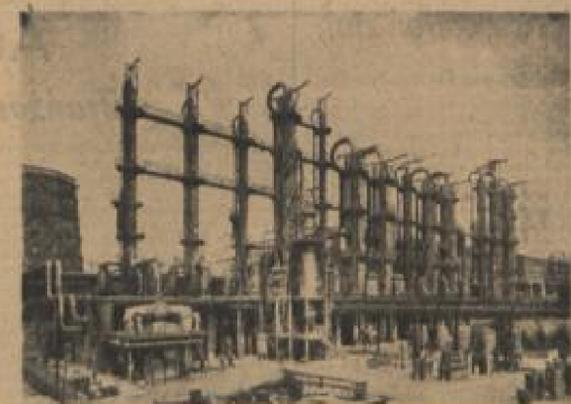
Das Fischer-Tropsch-Verfahren ist in der ganzen Welt verbreitet. In Nordfrankreich befindet sich eine Anlage in Harin. In Japan sind mehrere Werke nach diesem Verfahren errichtet worden. In den USA ist die Bedeutung des Verfahrens vor wenigen Jahren erkannt worden; denn seitdem eine außerordentliche Entwicklung ein, die zur Errichtung und Planung von 17 Syntheseanlagen verschiedener Größe führte. Eine Anlage befindet sich in Baytownville (Texas), eine weitere ist in Louisiana (Missouri) vor wenigen Wochen eröffnet worden. Durch eine Abänderung des Verfahrens und der Apparatur werden in den USA im Gegensatz zu Deutschland überwiegend Treibstoffe erzeugt.

Von dem Verbot werden die 6 im Ruhrgebiet gelegenen Fischer-Tropsch-Werke betroffen: Gewerkschaft „Rheinpreußen“, Moers, Ruhrthermie AG, Oberhausen-Holten, Krupp-Treibstoffwerk GmbH, Wanne-Eickel, Gewerk-



reichlicher Seite auch schon zur Erörterung militärischer Fragen Anlaß gegeben. Österreich bedarf für den Fall des Abzugs der Besatzungstruppen einer Defensiv-Armee, die die Ruhe und Ordnung im Innern sicherzustellen und das Land nach außen hin abschirmen hätte. Über die Ausrichtung der nach Erklärungen des Bundeskanzlers Fiat vornehmlich 33 000 schlesische Heerweil hierher nichts bekannt geworden. Bekannt ist lediglich, daß besagter Land die Forderung fallen ließ, wonach die österreichische Armee ausschließlich mit Waffen der eigenen Produktion ausgerüstet werden sollte. Man rechnete in Wien auch in dieser Hinsicht mit der wirtschaftlich-militärischen Hilfe Amerikas — sobald es einmal soweit sein sollte. Im Rahmen der Verhandlungen über den Atlantikpakt macht sich im amerikanischen Senat nur Zeit allerdings auch eine grundsätzliche Abstimmung, vertrieben jetzt auch vom Senator Taft, gegen die Zusage von Hilfsmitteln abgelehnt, die sich nicht auf abgehende Hoffnungen queren könnte.

In diesem Zusammenhang ist auch an Äußerungen der jugoslawischen Verteidigungsminister zu erinnern, die möglicherweise sondern wollten, ob Jugoslawien, das nach dem Bruch mit dem Komintern Waffenlieferungen aus der Tschechoslowakei nicht mehr erwarten darf, mit der Lieferung amerikanischen Rüstungsmaterials rechnen könnte. Das amerikanische Hebe war nicht unfruchtbar. Wie der jugoslawische Staatschef — er erklärte das erst kürzlich wieder in Pola — behauptet, ist, normal wirtschaftliche Beziehungen mit dem Westen herzustellen, so bemüht man sich auch im Westen um einen wirtschaftlichen Austausch mit dem Osten, wobei man aber, so wenig wie Tito, der „wohl Konvener nicht aber ein Gewinn“ verkaufen will, auch an politische Kooperations denken möchte. Wenn man sich im Westen zur Gewöhnung einer Anleihe an Jugoslawien entschließt, die nach einer Erklärung Titos, zwischen in der Tat erheben würde, so können hierfür nur wirtschaftliche Ergänzungen maßgebend sein. Eine Kredit-Marschall erklärt, liegt sich im Interesse der Westmächte, da diese Staaten ihre Waren schneller wollten. In diesem Punkte und was den Warenaustausch zwischen dem Westen und Osten überhaupt angeht, darf man in Belgien mit vollem Verstande auf der anderen Seite rechnen.



Chemische Werke Hilt, Desulfurierungs-Anlage für Butadien

schaf Victor Castrop-Hauxel, Dortmund-Paraffinwerke GmbH, Dortmund, Chemische Werke Kaiser Steinkohle AG, Bergkamen. Frühere Produktion: 70 000 t/Jahr. Wert einer Jahresproduktion: 200 bis 250 Mill. DM. Unverfügbare Errichtungskosten: etwa 200 Mill. DM = 40 Mill. Dollar.

Bei Ausfall der Fischer-Tropsch-Werke muß die Einfuhr jener Produkte, die durch die Synthese hergestellt werden können, erhöht werden. Die Fischer-Tropsch-Werke wären in der Lage, mehr als 50% des deutschen Paraffinbedarfes zu befriedigen. Die bei vollem Betrieb der Werke erreichbare Devisenerwartung beläuft sich auf 20 bis 40 Mill. US-Dollars. Man weiß nicht, ob Deutschland nach Beendigung des ERP im Jahre 1952/53 noch in der Lage sein wird, außer für Nahrungsmittel und wichtigste Industrierohstoffe weitere Devisen zu erwerben. Selbst ein Land wie Großbritannien hat — trotz

seiner vielfältigen Hilfsmitteln — Schwierigkeiten genug, seinen Export im Gleichgewicht zu bringen.

Für den Bau und die Entwicklung der Fischer-Tropsch-Anlagen im Ruhrgebiet gab es einen zentralen Grund: diese Werke können Kokensarten und -mengen verarbeiten, die schwer absetzbar sind, besonders in Zeiten wirtschaftlicher Depression. Hierin liegt die besondere Bedeutung der Fischer-Tropsch-Werke für den Koks-Bergbau, denn in diese Anlagen gehören:

„La Monda“, Paris, schließt am 17. Juni 1948.

Die Sowie stehen nicht an. In ihrer Zone die Laura-Werke laufen zu lassen, die vor und während des Krieges das Haupt-Zentrum der deutschen Benzol-Produktion waren. Kennen befinden sich in der russisch besetzten Zone zwei Fischer-Tropsch-Werke in Betrieb.

Hydrier- und Fischer-Tropsch-Werke sparen Devisen

Die Hydrier-Werke verarbeiten nicht Kohle, sondern Rohöl

Die für Westdeutschland verfügbare Mineralölmenge ist im Vergleich zu anderen Ländern verhältnismäßig gering. Notwendig bringen wir eine Schätzung der Mineralölmenge je Kopf der Bevölkerung in Westdeutschland und im Ausland für das Jahr 1951.

Zur Intensivierung der Wirtschaft im Sinne des ERP müßte die Versorgung Westdeutschlands mit Mineralölprodukten, hauptsächlich Treibstoff, erheblich verbessert werden. Die drei im Ruhrgebiet gelegenen Hydrierwerke — die nun demontiert werden sollen — wären in der Lage, 2 Mill. Tonnen Rohöl jährlich zu verarbeiten und dadurch die knappe deutsche Treibstoffversorgung erheblich zu verbessern.

Die Herstellung von Treibstoffen auf dem Wege der Hydrierung von Kohle kommt z. B. aus wirtschaftlichen Gründen nicht in Betracht. Dagegen ist die Verarbeitung von crude oil zu raffiniertem jeder Qualität in den Hydrierwerken mit besten Ausbeuten möglich. Aus diesem Grunde haben die Dienststellen der Militärregierung 1947 vorgeschlagen, 3 Hydrierwerke zur Verarbeitung von importiertem Rohöl heranzuziehen. Dies war vorstellbar, weil die Hydrierwerke nach Beendigung der Kriegsschäden sofort zur Verfügung ständen.

Durch die Verarbeitung des Rohöls wird eine Devisenersparnis erzielt, die sich auf etwa 16 1/2 US-Dollars/Tonne Rohöl beläuft. Dies bedeutet, um nur ein Beispiel zu nennen, daß durch die jetzt präsumierte Produktion der Geleisenberg Benzol AG (an der Ruhr) jährlich 7 Mill. US-Dollar gespart werden. Die volle Kapazitätsausnutzung dieses Werkes würde diesen Betrag auf 20 Mill. Dollar jährlich erhöhen.

Dem alliierten Abkommen über verbundene und beschränkte Industrien vom 11. April 1948 zufolge müssen alle Hydrieranlagen, mit Ausnahme des Werks in Wessling, sobald sie möglich aus Deutschland entfernt oder zerstört werden. Betroffen werden von dem Verbot:

- die Hydrierwerke Geleisenberg Benzol AG, Geleisenkirchen-Horst, Hydrierwerk Schwelm AG, Geleisenkirchen-Buer, Hülsel GmbH, Bottrop.

Die Errichtung dieser Werke erfordert einen Betrag von etwa RM 600 000 000, — Entsprechend US-Dollar 180 000 000. Diese Werke repräsentieren wertvolles deutsches Volkvermögen. Anstatt sie zu zerstören, sollten diese Werke für die langfristigen Ziele des Marshall-Planes eingesetzt werden.

Am Ausguck: Kälter Krieg wieder heißer

Der amerikanische Finanzminister Snyder hatte in Paris eine Aussprache mit dem französischen Ministerkollegen Pétain und in London mit dem britischen Schatzkanzler Sir Stafford Cripps und dem kanadischen Finanzminister Douglas Abbott. Beratungen ähnlichen Charakters schlossen sich an europäischen Knotenpunkten der internationalen Finanz- und Handelspolitik an. Vor der Ankunft Snyders in London hatte Cripps im britischen Unterhaus Erklärungen abgegeben, die das Defizit der englischen Zahlungsbilanz des letzten Quartals, das größer ist als je seit 1947, teils auf den Konjunkturfaktor, teils auf die hohen englischen Preise zurückführte. Die Gold- und Dollarreserven der Sterlingzone sind, wie Cripps erkennen ließ, so stark zurückgegangen, daß jegliche Notwendigkeit zu einer gezielten Exportförderung gegeben sind. Es wird an verschärfter Einströmung der Importe gedacht, man verleiht sich in der Labour-Regierung indes nicht der Meinung, daß diese Maßnahme nur eine zeitweilige Erleichterung bringen kann. Eine ähnliche Überlegung veranlaßt die britische Regierung, sich eine Abwertung des Pfundes abzulehnen.

den englischen Wünschen zwar Rechnung getragen wird, die Briten ihre Politik auf weiter Sicht aber doch werden ändern müssen. Als wichtig sieht man in London-Kreisen vor allem die Bereitwilligkeit an, der „Doktrin der Vollbeschäftigung“ Rechnung zu tragen. Hervorgehoben wird außerdem, daß kein Vorschlag für die Abwertung des Pfundes gemacht wurde, womit der Lösung dieses Problems auf weiter Sicht allerdings nicht vorgegriffen worden sei. Eine Berücksichtigung des amerikanischen Standpunktes erblickt man in jener Stelle der nach den dreitägigen belindlichen Schreietagen, auf die „Verschlechterung der Unausgeglichenheit des Zahlungsvorgangs“ zurückgeführt und nicht auf die drohende Krise in den USA, wie von englischer Seite zu hören gewesen war.

In den letzten Tagen der Londoner Beratungen hat sich ein Umschwung der Lage in Berlin vorbereitet, der sich dann rasch zu einer vollendeten Tatsache entwickelte, die die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit veranlaßt wieder auf diesen neuartigen Punkt der machtpolitischen Auseinandersetzungen lenkt. Für die Zeit der Außenministerkonferenz in Paris war auf offensive „Kampfbewegungen“ im kalten Krieg verstanden worden. Nach Beendigung der Konferenz blieb die Luftbrücke, die Berlin mit dem Westen verbindet, zwar bestehen. Der Eisenbahnverkehr und der Personen- und Lastenverkehr auf den von und zum Westen führenden Straßen konnte aber wieder aufgenommen und wenn auch nicht völlig störungsfrei, aufrechterhalten werden. Es gab wieder einen legalen Warenverkehr zwischen dem Osten und Westen.

Hierin hat sich inzwischen nicht wenig geändert. Am Samstag der vergangenen Woche wurden auf russischer Seite die Übergangsstellen von der Doppelzone in die Ostzone für Lastwagen gesperrt. Offen blieb allein die Autobahn. Demgegenüber verbesserte sich der Eisenbahnverkehr. Die Einschränkung des Lastenverkehrs auf ein Mindestmaß war aber nur eine der zahlreicheren Maßnahmen, die zur Zeit die Öffentlichkeit beschäftigen und in ihrer Gesamtheit einen Bruch der Pa-

rier Abmachungen bedeuten. Als solche werden u. a. angeführt die Herabsetzung der Fernostlieferungen aus der Ostzone auf die Hälfte, wodurch mehrere in den Westsektoren Berlins gelegene Großbetriebe getroffen werden, die die Einhaltung der Verpflichtungen der Neutralität der Verpflichtungen, die die von den Kommunisten beherrschte Generaldirektion der Reichsbahn den an dem Strick beteiligten Angestellten gegenüber eingegangen ist, die statt sich steigende Absperrung Berlins von seinem Hinterland (insbesondere werden sogar Festzüge mit Stacheldrahtverbau abgeschlossen, die die Wegweisung der Sowjetischen Militärverwaltung, die Postzüge aus dem Westen den Westsektoren zuzuführen und dergleichen mehr.

Man fragt sich angesichts dieser auf Wagnissen aus Karlsruhe zurückgehenden Maßnahmen, welcher Zweck mit ihnen verfolgt wird. Die Wiedereinführung der Blockade, meint man, sei damit nicht beabsichtigt. Es sollte mit diesen Anordnungen jedoch offenbar wirtschaftliche Gesandtschaften verbunden werden. Einmal Bruch der in Paris von den vier Außenministern nach langwierigen Beratungen präliminär gefaßten Beschlüsse stellen sie jedoch zweifellos dar. Die sowjetrussischen Maßnahmen haben demnach schon einen — bisher unbemerkten — britischen und amerikanischen Protest ausgelöst. Es war angenommen worden, daß eine auf den 12. Juli angetragene Besprechung des Vier-Mächte-Wirtschaftsverständigungs-Ausschusses in Berlin Gelegenheit bieten würde, Aufklärungen über die sowjetrussischen Verkehrsbeschränkungen entgegenzunehmen und den Standpunkt der nicht-russischen Teilnehmer an der Beratung Grünte zu verschaffen. Von Vertreter der SMA war aber mitgeteilt worden, daß er nicht in der Lage sei, so erzieht, so daß die Besprechung auf den 18. Juli verschoben werden mußte. Die Berliner müssen nun befürchten, daß lang sich herausziehende Beratungen ein schwer erträgliches Provisorium zu einem Dauerzustand machen werden, der in Paris, wie man gemeint hatte, überwundenen Blockade nur allzu ähnlich.

Im Gegensatz zu dieser neuen ungenutzten Verbindung nehmen die Verhandlungen über den Warenaustausch mit Ostdeutschland einen, wie es scheint, ergebnislosen Verlauf. Die Aussicht auf eine mögliche Bereinigung auch der Teilfrage, über die eine Einigung nicht erzielt werden konnte, hat auf beider-

Buna und Butadien

Ein anderer Zweig der chemischen Industrie ist sehr getroffen durch das Verbot der Erzeugung von synthetischem Gummi. Zwar ist die Naturkautschuk-Produktion der Welt ausreichend, jedoch ist durch diese Tatsache das Verbot jeglicher Bunaerzeugung in Deutschland nicht zu rechtfertigen, zumal es wegen der technischen Anforderungen auch in der deutschen Wirtschaft und für die Entwicklung der deutschen Chemie das Verbot der Herstellung spezieller Kautschukarten eine schwere Benachteiligung bedeutet.

Zum Herstellungsverbot für Butadien

Besonders hart trifft uns das im Washingtoner Abkommen vom April 1948 ausgesprochene Verbot der Herstellung von Butadien, da mit Hilfe einer verhältnismäßig kleinen Menge Butadien 1900 t Monat eines neuartigen Kunststoffes hergestellt werden können. Dieser hat sich zur Herstellung von Isoliermaterial, Schutzschichten, Luftdichtbleg und Anstrichmitteln als besonders geeignet erwiesen. Mit der Fabrikation dieses Kunststoffes sind 1500 Arbeiter beschäftigt, die andernfalls entlassen werden müßten.

Im Vergleich zu der riesigen amerikanischen Erzeugung an Butadien spielen die 300 t monatlich, deren Herstellung den Chemischen Werken Hilt geschmigt werden müßte, eine gänzlich untergeordnete Rolle. Das in der russisch besetzten Zone Deutschlands sitzende Werk Schkopau ist voll in Betrieb und erzeugt monatlich 2000 t synthetischen Kautschuk.

Die französische außenpolitische Zeitung „Le Monde“ Nr. 1369 vom 14. 6. 48 brachte einen Artikel „L'Allemagne revis le Probleme Cardinal de l'Europe“ von Georges Blin, envoyé spécial, der aus Berlin meldet:

Die Vorgänge zu denen die Demontage von zwei Hydrierwerken für synthetischen Treibstoff geführt hat, muß man bedauern, weil sie die Auswirkung einer Politik sind, deren Wesensmerkmal Unverwundbarkeit u. Mangel an Vorstellungsvermögen zu sein scheinen.

Zitate

Aus den vielen Stellungnahmen zum Demontageproblem zitieren wir Sätze und Aussagen prominenter Deutscher und Ausländer.

Am Mittwoch machte der Vorsitzende der „sozialdemokratischen“ Partei Westdeutschlands, Schünemann, in einem Telegramm an den Vorsitzenden der englischen Arbeiterpartei den Vorschlag, eine deutsche Abordnung zu entsenden, die das Demontageproblem darlegen würde.

Pastor Niemöller erklärte am Mittwoch, die Demontage seien in Anbetracht der großen Zahl von Ostdeutschen ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit; gerade in der westdeutschen Industrie sollten diese Ostdeutschen wieder Arbeit und Brot finden.

Der Leiter des Nationalkomitees für den westdeutschen Protestantismus, Pfarrer Frederic Forell, sagt auf einer Versammlung deutscher Gewerbetreibender in Oberhausen: Ich habe in diesem Augenblicke keine Worte, die in Kürze demontiert werden sollen. Der Blick, der mich traf, hat mich erheitert. Ich werde es dem amerikanischen Senat mitteilen: Wie können wir als Amerikaner noch weiter das Vaterland beten — unter täglichem Brod — und vergiß die Fortsetzung der Demontage zu lassen.“ Ein britischer Soziologieprofessor hat nach einem Besuch im

Ruhrgebiet in einem Schreiben zehn britische Unterhausmitglieder aufgefordert, etwas gegen die Demontage zu unternehmen, die eine „Ungerechtigkeit gegen eine brave Gemeinde loyaler Arbeiter“ darstellt. Der britische Professor habe den Unterhausmitgliedern vorgeschlagen, selbst ins Ruhrgebiet zu fahren, um sich dort mit eigenen Augen von der Unmöglichkeit der Demontage zu überzeugen.

Am Ausgang der Geleisenberg-Benzol AG, die von der Demontage bedroht ist, ist ein vom Betriebsrat und Betriebsführung gebildetes Bismarckparlament aufgetaucht, das lautet: „Der Arbeiterführer Bevin betrat unser England“ — Bismarck Bismarck in Gange, dieses Transparenz zu gestalten.

Unter den 20 000 Ostvertriebenen, die als Arbeiter auf den Reichswerken in Westdeutschland arbeiten, haben sich der Gewerkschaften, wird eine Parole verbreitet: Erhaltene Arbeitplätze um jeden Preis, schließt sich zusammen für einen Anschlag an die Sowjetzone, dann werdet ihr in Arbeit und Brot bleiben.

Der britische Gewerkschaftsverband TUC und der französische Gewerkschaftsverband „Force Ouvriere“ wurden von der AFL aufgefordert, schärfsten Druck auf ihre Regierungen auszuüben, daß diese die „wirtschaftlich ungewunde und unheimliche Demontagepolitik in Deutschland einstellen“.

Der Bewilligungsausschuß des US-Senats akzeptierte auf einer Geheim Sitzung eine Entschließung, in der der Ess-Aministrator, Paul G. Hoffman, erwidert wird, daß gegen die Demontage von industriellen Anlagen, insbesondere die dem „Wiederkauf von Europa“ dienen können, wenn sie in Deutschland verbleiben. Die Entschließung richtete sich vor allem gegen die Demontage der synthetischen Treibstoffwerke Geleisenberg und Wessling. Beide Werke werden von Bewilligungsausschuß des US-Senats als von großem Nutzen für die deutsche Friedenswirtschaft bezeichnet.

Der Grund

Offizielle britische Stellen haben die Vermeidung der überhöhten deutschen Stahlkapazität als Grund für die Demontage in der Stahlindustrie des Ruhrgebietes angegeben, teilte ein Sprecher des NRW-Wirtschaftsministeriums am Montag mit.

Deutsche Auswärtige, nach denen als Grund für die Heirats-Hütte, die Charlotenhütte und die Niederschlesische Hütte vollkommen neue Anlagen zur Verfügung gestellt werden sollen, seien von diesen britischen Stellen mit dem Hinweis beantwortet worden, daß die Demontage nicht so sehr Reparationszwecke diene. Dem Alliierten sei vielmehr daran gelegen, daß Deutschland die ausgebildeten Stahlkapazität von 11 Millionen Tonnen nicht überschreiten kann. Trotz dieses Argumentations wurden die drei Austausch-Vorschläge angeworfen noch gemacht. Das NRW-Wirtschaftsministerium hoffte immer noch, erklärte der Sprecher weiter, daß der Demontageerhalt nicht endgültig ist. Als positive Anzeichen dafür sieht man das steigende Interesse der Außenpresse und die häufigsten ausländischen Besuche im Ruhrgebiet an.

Paraffinwerke

Zur Demontage in der Kohleveredlungsindustrie hat Wirtschaftsminister, Prof. Dr. Nelling, einen Brief an General Baboo gerichtet, in dem er seine Befürchtung über den Umfang der Demontage bei den Dortmunder Paraffinwerken zum Ausdruck bringt.

Wir greifen auf:

Wohnungen für den Frieden

Die Besatzungsmächte haben den deutschen Behörden bedeutet, daß der Bebauung der Wohnungnot nicht länger aus dem Wege gegangen werden dürfe. Es wolle das nicht mehr als eine Anweisung sein, welche aber nicht ihre Wirkung verleihe, die Zahl der schon bestehenden Wohnbauprogramme nach wieder zu wachsen, daß nicht wieder in den Städten gerät und schließlich auch etwas geschieht. Der Wohnungsmangel hat je nicht nur seine humanitäre und soziale Bedeutung, er könnte wesentlich auch der beengenden Arbeit mit steuern. Von einem letzten Baugewerbe gehen Behebungen auf die verschärfendsten Zweige der produzierenden Wirtschaft aus.

Es war vielleicht nicht allein die Schuld zünftiger deutscher Stellen, daß die Bauwirtschaft bisher nicht in dem durch die brennende Wohnungnot in manchen Landesteilen angeforderten Umfang einsetzen konnte, ist aber darum nicht weniger zurechenbar, daß diese Stellen nimmer ein stärkeres Impuls vermittelt wurde, den man auch als Zusage jeder etwas erforderlichen und möglichen Hilfe ansehen darf. Wenn die Anregung von deutscher Seite aufgriffen wird und die Besatzungsmächte die Durchführung der großen gemeinsamen Bauvorhaben mit den ihnen zur Verfügung stehenden beruflichen Möglichkeiten und Mitteln unterstützen, kann der Erfolg nicht ausbleiben.

Mit der Behebung der Wohnungnot würde auch ein gut Teil zur Lösung der Flüchtlingsfrage beitragen werden. Die menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge, unter denen hier alle mit ihrem ehemaligen Wohngebiet vertriebenen Deutschen und Nichtdeutschen verstanden sind, ist die oberste dringlichste Aufgabe, die am besten freilich mit der Beschäftigung der Flüchtlinge — beides zusammengefaßt — erst endgültig die Wägen, die die Flüchtlingsstrom schließt — zu kopfen wäre. Der unter der Behebung Flüchtlingsnot befindlichen gesamte Fragenkomplex verdient die Aufmerksamkeit der Besatzungsmächte in noch höherem Maße als die Lösung der Teilfrage Wohnungnot. Wer sich um die Flüchtlinge in Deutschland bemüht, hat sich eine Aufgabe von erster internationaler Ordnung gestellt.

Man ist — meinen wir feststellen zu können — auf dem besten Wege, das allgemeine zu erkennen, doch scheinen immerhin noch einige Klumpen zu der durchschlagenden Erkenntnis zurückzuweisen zu sein. Es will uns dieses auch aus Ausführungen einer in München erscheinenden „amerikanischen Zeitung“ hervorgehen, die sich dafür einsetzen, daß den Flüchtlingen im Sinne eines Vorschlags der bekannten amerikanischen Publizistin Dorothy Thompson zunächst volle Freizügigkeit innerhalb der westdeutschen Länder eingeräumt werde und ihnen, um sie zu gleichberechtigten Neubürgern zu machen, überhaupt auf eine gewisse Zeit Vorrechte gewährt werden. Diesen Vorschlag ist auch eine sehr bemerkenswerte politische Begründung gegeben: „Die kommunistischen Staatstäter in der Ostzone“ — so lautet es — „wissen sehr wohl, warum sie sich für die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze einsetzen. Sie hoffen nämlich, daß die durch die Vertreibung der Ostdeutschen erzeugten sozialen Spannungen sich in ihrem Sinne als Faktor der Unruhe auswirken werden. Diesen Gesichtspunkt sollte man sich in Westdeutschland immer eindringlich vor Augen halten.“

Dieser Gesichtspunkt neben dem allgemeinen menschlichen verdient aber nicht geringere Beachtung überhaupt einer am Schicksal Europas interessierten Faktoren. Er scheint die Flüchtlingsfrage — wie es bereits angedeutet wurde — aus dem Rang einer Frage, die nur die deutsche Bevölkerung und ihre Behörden zu beschäftigen, und deren Lösung vor allem dem „deutschen Willen zur Selbsthilfe“ zu überlassen, in den Rang einer internationalen Frage, ja einer Weltfrage zu erhöhen und durchgreifende Betrachtung. Man müßte das voll erkennen — und darnach auch handeln.

Streikbrecher in Uniform

In England herrscht seit längerer Zeit Hafenarbeiterstreik. Die englische Regierung wurde mit diesem Problem nicht fertig, obwohl sie eine Arbeiterregierung ist. Es blieb ihr nichts anderes übrig, als den Notstand zu erklären. (Mit solchen Notverordnungen begann in Deutschland Herr Brüning und leitete damit langsam, aber sicher, zum Dritten Reich über, ohne es jedoch zu wollen.) Nun müssen Soldaten die Schiffe entladen. Man müßte also Soldaten Streikbrecher spielen. Und dies in einem Land mit einer Arbeiterregierung. Wieder ergibt sich die alte Frage: Kann in einer Demokratie ein Mensch gezwungen werden, seine Arbeit zu tun, die gegen sein Gewissen geht? Ein großer Teil der englischen Soldaten sind Arbeiter und werden nicht gegen Streikbrecherarbeit verurteilt. Was hilft es ihnen? Befehl ist Befehl. Das hat also offenbar mit Militärdiktatur nichts zu tun und auch nicht mit Kadavergehorsam.

Ein Parallellfall wird aus Australien gemeldet, wo sich die Regierung gezwungen sah, infolge des Eisenbahnstreiks Soldaten zum Abtransport von Kohle zu kommandieren. Also auch dort Streikbrecherarbeit auf Kommando.

Aus der deutschen Wirtschaft

Französische Zone

In süddeutschen Handelskammerkreisen wird damit gerechnet, daß die JEIA-Anweisung II auch in der französischen Zone in Kraft gesetzt wird. Bis dahin sind alle Aufträge auf Devisenkontingenten bei den zuständigen Industrie- und Handelskammern einzureichen. Diese haben die Erfahrung gemacht, daß die Erstellung von Ausreisegenehmigungen an deutsche Geschäftsleute zur Abzahlung von Geschäftsverbindungen bzw. zur Anbahnung von Kontrakten in der letzten Zeit zunehmend mit Schwierigkeiten und Zeitverlusten verbunden waren. In allen Fällen, in denen es sich um Verordnungen über Exportaufträge handelt, die einen Geschäftsbesuch auf Grund der persönlichen Beziehungen erwarten ließen, konnte jedoch mit einer Devisenabteilung für Ausländerreisen in absehbarer Zeit bisher im allgemeinen gerechnet werden.

Wie aus Berlin gemeldet wird, wird die Westfälische Stadtverwaltung die Schürflingarbeiten auf Braunkohle im französischen Sektor einstellen, da sie infolge der Aufhebung der Blockade unwirtschaftlich geworden sind. Nach Mitteilung der Industrie- und Handelskammer Baden-Baden steht die Inkraftsetzung der seit dem 28.3.1949 in der Doppelzone gültigen JEIA-Anweisung II in der französischen Zone unmittelbar bevor. Der Deutsche Industrieausschuß (DIAC) in Frankfurt soll durch zwei Vertreter der französischen Zone erweitert werden, und im Rahmen der Verlaubarbeiten des IAC sollen die für die französische Zone freigegebenen Einfuhren unter besonderen Kennzeichen ausgeschrieben werden. Das Verfahren wird sich demnach so

abwickeln, daß die Kaufinteressenten auf Grund der Verlaubarbeiten, die Einfuhrbewilligung der Einfuhrtrüger bei ihrer zuständigen Außenhandelsbank einreichen und von dort die Einfuhrbewilligungen erhalten. Vertreter der pfälzischen Textilindustrie haben am Donnerstag in Neustadt die Forderung der I. G. Textil nach einer 20prozentigen Lohnerböschung abgelehnt. Die I. G. Textil entschied sich daraufhin, als erste Maßnahme ihre Mitglieder aufzufordern, jede Leistung an Überstunden in allen Betrieben der Textilindustrie abzulehnen.

Laut Mitteilung des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten von Rheinland-Pfalz werden die Bestimmungen für die Holzabwirtschaftung einschließlich der Preisregulierung in der französischen Zone der in der Doppelzone gültigen angelehnt. Die Holzabgabe für die französische Zone wird im Forstwirtschaftsjahr 1950 auf 4 Mill. im veranschlagt. Die Betriebsleitung der Gebr. Jung, hana Uhrenfabrik AG in Schramberg wird die Entlassung von 600 der insgesamt 4000 Arbeitskräfte kaum vermeiden können. Diese bevorstehende Maßnahme wird mit dem andauernden Abschwächung auf dem Inlandmarkt begründet; es seien bereits für einige Millionen DM Arbeitsplätze auf Lager sein, was etwa einer Monatsproduktion (1 Mill. DM) entspricht. Dollarklausel und Einfuhrbeschränkungen machen auf der anderen Seite auch einen größeren Auslandsabsatz unmöglich. Der Ausschuhpreis für Braunkohle in wurde auf Änderung des Finanzministeriums von Rheinland-Pfalz mit Wirkung vom 30.5.1949 auf 83 DM je 1 kg Weinsteig festgesetzt.

Amerikanische Zone

Der Landesverband des bayerischen Einzelhandels wendet sich in einem Brief an alle Parteien gegen das Überhandnehmen der Verkaufsstände und fliegenden Händler vor allem in den Großstädten. Der Verband fordert energische Gegenmaßnahmen gegen diese „Klein-Flagel“-Verhältnisse einer Fremdenverkehrsstadt wie München und gegen den unkontrollierten Wettbewerb mit unversetzter Ware, insbesondere eine entsprechende Änderung der bayerischen Straßenordnung.

Der Landesverband des bayerischen Einzelhandels beklagt sich darüber, daß in ganz Bayern keine Einzelhändler oder Händler gegen Besuche bei den Mühlen Mehl erhalten können. Die Mäher würden nur zu erhöhten Preisen Mehl verkaufen. Die Situation sei für den Handel besonders schwierig, da einerseits die Verbraucher die Erzeugnisse dringend benötigen und andererseits die Preisbehörden den Mehlverkauf zu überhöhten Preisen bestrafe. In den bei den Betrieben der bayerischen Metallindustrie durchgeführten Urabstimmungen wurden die Vorschläge zum Einheitslohn von 7,50 bis 8,00 DM für die ersten 100 Stunden der Arbeitszeit von rund 70% der Abstimmungsberechtigten abgelehnt. In der Vereinbarung war die Kürzung der seit Februar 1949 gültigen Überbrückungszulage von 3 D-Pf. auf 4 D-Pf. vorgesehen.

Die Ernteschätzungen liegen in Bayern einen überdurchschnittlichen Heckerlertag für Roggen, Weizen und Gerste erwarten, wurde im Landwirtschaftsausweis des Landtages berichtet. Die Getreideumlage wurde voraussichtlich 250.000 t gegen 255.000 t im Vorjahr betragen. Die Preise würden sich nicht verändern mit Ausnahme der Braugerste. Die Getreidebewirtschaftung müsse auch im kommenden Jahr bestehen bleiben. An Getreidemitteln können Bayern etwa mit 430.000 t rechnen.

Der Finanzausschuß des Wirtschaftsausschusses stimmte auf seiner Sitzung am 8. Juli der Steuerbefreiung von Braunkohle für Treibzwecke zu. Damit wird es ermöglicht, daß künftige ein klopffestes Gemisch hergestellt werden kann. Zur Steigerung der durch Versandung des Speichers beschränkten Leistungsfähigkeit des Saalbachkraftwerkes bei Bad Reichenhall soll im Herbst mit dem Bau einer 110.000 Volt-Leitung nach Sartheim bei Traunstein begonnen werden, durch die Anschluß an die gleichstarke Elzphalen-Fernleitung Steindorf-Kochel hergestellt werden kann. Der Entwurf eines zweiten Gesetzes über Sicherheitsleistungen des bayerischen Staates wurde vom Haushaltsausschuß des Landtages einstimmig angenommen. Es betrifft die Übernahme der Staatsbürgerschaft für Anleihen der Bayerwerk AG in Höhe von 40 und 61,5 Mill. DM, für ein Schuldscheindarlehen der Rhein-Main-

Donau AG von 25 Mill. für eine Anleihe von 15 Mill. DM der Inowerk AG, für Staatsbankkredite an die Messerschmidt-Werke in Augsburg und an die Auto-Union GmbH in Ingolstadt von 2,5 Mill. DM bzw. 2 Mill. DM und für einen Kredit von 200 Mill. DM zur Herstellung von Wohnraumhäusern für Angehörige der Besatzungsmacht in München.

Die bei den Bremer Bauparzellen abgeschlossenen Bauparzellverträge und die ausgebliebenen Bauparzellen zeigten in den ersten 6 Monaten nach der Währungsreform eine ansteigende Entwicklung. Bei der Öffentlichen Bauanstalt Bremen wurden von Juli 1948 bis Ende Mai 1949 628 Bauparzellen mit einer Gesamtfläche von 8,5 Mill. DM abgeschlossen. Die Vertragssumme stieg dabei von 230.000 DM im Juli 1948 auf 323.000 DM im Dezember und auf über 1 Mill. DM im Mai dieses Jahres. Die in der gleichen Zeit für Bauparzellen und als Zwischensumme gestellten Beträge erreichten 2,44 Mill. DM. Die Hausbauische Baukasse Bremen AG, Bremen, deren Tätigkeit sich im Gegensatz zu der Öffentlichen Bauparzellkasse auch auf Oldenburg und die Umgebung Hamburg erstreckt, verzeichnete im gleichen Berichtsbereich Umsätze von Bauparzellverträgen für etwa 6,33 Mill. DM, Gegenständig wurden 1,14 Mill. DM für Zuteilungen und Zwischenkredite für Grundstückskaufe und Bauten bewilligt.

Zur Sicherung ihrer gleichmäßigen Beschäftigung ihrer Werke will die bayerische Schotterindustrie der Reichsbahn den Abbruch von Schotterdächern erreichen, daß sie die Kaufpreiserhöhungen für die abgerufenen Mengen an ein Bankenkonzern abtritt. Der bayerische Staat soll die Bürgschaft für diese abgetretenen Forderungen übernehmen. Dieser Plan bezieht sich auf eingehende Verhandlungen zwischen der Reichsbahn, der Schotterindustrie und einem Bankenkonzern. Nach der vor etwa einem Monat von der Reichsbahn aus finanziellen Gründen ausgesprochenen Verzichtleistung auf weitere Schottersteinlieferungen mußte die bayerische Schotterindustrie viele Betriebe stilllegen.

Die Wirtschaftslage Württemberg-Badens hat sich im Monat Juni nicht wesentlich verändert. Produktionssteigerungen waren bei Personkraftwagen und Drechsmaschinen, ferner in der Textil- sowie der Leder- und Schuhwarenindustrie zu verzeichnen, wie das württembergische badische Wirtschaftsministerium am Freitag mitteilt. In Eisenbergwerken, bei Land- und Baumaschinen, Lackiermaschinen und Anhängern, in der Feinmechanik und Elektroindustrie sowie bei Zementwaren, Holzwaren und Nahrungsmitteln wurde die Produktion eingeschränkt. Die Kapazität im Baugewerbe wurde teilweise nur zu 30 — 35 Prozent ausgenutzt. Die handwerkliche Pro-

duktion ist leicht angelegen. Die Kohlenversorgung ist besonders bei der Papier-, Textil- und Baustoffindustrie ungenügend. Das Wirtschaftsministerium erklärte hierzu, daß der Gasverbrauch eingeschränkt werden müsse, falls sich die Kohlenzufuhr nicht verbessert.

Der Industrieverband Steine und Erden hat seinerseits den bayerischen Staat ersucht, der Reichsbahn unverzüglich Kredite zu gewähren, damit diese auch neue Aufträge an die Schotterindustrie erhalten könne. Nach dem Krieg hat die bayerische Schotterindustrie jährlich 600.000 t Schottersteine an die Reichsbahn geliefert. Auch die Grundindustrie im bayerischen Fichtel-

gebirge befindet sich in einer erneuten Absatzkrise. Durch Ausbleiben von Staatsaufträgen und ungenügende private Bauverträge ist die Nachfrage fast völlig lahmgelegt. Exportaufträge, die früher bis zu 20 Prozent der Gesamtproduktion beanspruchten, sind fast völlig ausgeblieben. Für die Fichtelsteinindustrie hat einen ausreichenden Absatz.

Der stellvertretende Wirtschaftsberater der amerikanischen Militärregierung, Hawkins, wird am 1. August Deutschland verlassen. Hawkins erklärte, diese Entscheidung habe nichts mit amerikanischen Angriffen auf seine Dekartellierungspolitik in Deutschland zu tun.

Englische Zone

Die Rohstofflage in der Textilindustrie des Osnabrücker Raumes hat sich seit kurzem sehr günstig entwickelt, erklärten Vertreter der Textilindustrie. Man rechnet daher mit einer weiteren Produktionssteigerung. Der bisher einzige Engpaß auf dem Textilmarkt, die Springschleife Spinnmaschinen, soll durch vermehrte Einfuhr von ausländischen Garnen überbrückt werden. Gegenwärtig werden die ersten Fertig- und Halbfabrikate aus Großbritannien, Belgien und Frankreich eingeführt. Die Vertragsabnahme über diese Einfuhren belaufen sich auf über 20 Millionen Dollar.

Die Zukunft der deutschen Erdölindustrie liegt im Ausland, wie Vertreter der erdölindustriellen Erdölindustrie erklärten. Auf Grund wissenschaftlicher Bodenerkundungen und Schätzungen maßgeblicher geologischer Geologen rechnen gut unterrichtete Kreise mit einem Erdölvorkommen im Inland von 7 Mill. t gegen rund 3 Mill. t in anderen Gebieten Westdeutschlands. Im Anschluß an die Verhandlungen der erdölindustriellen Erdölindustrie mit interessierten Kreisen über den Bau einer eigenen Erdölraffinerie für das Inland wird neben Lingen, namentlich auch der ehemalige Kruppische Schießplatz bei Mörpsen als mögliche Raffineriestandorte genannt. Die bisherigen Verhandlungen über den Bau der Raffinerie bei Lingen wurden durch die günstige Lage des Geländes zwischen Eisenbahn und Kanal unterstützt, jedoch scheinen andere Wirtschaftskreise die Anlage auf dem Kruppischen Schießplatzstandort vorzuziehen.

Auf einer Betriebsversammlung der Continental-Gummwerke in Korbach wurde mitgeteilt, daß die gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse in der Kautschukindustrie allgemein besser seien als in anderen Industriezweigen. Aus einem Bericht über die Beschäftigungslage der vier westdeutschen Continentalwerke geht hervor, daß die Beschäftigtenzahl nach der Währungsreform von 10.000 auf 12.000 gestiegen ist.

In der Energielage von Nordrhein-Westfalen ist im Juni eine Entspannung eingetreten, die zu einem Teil auf den verringerten Stromverbrauch der Industrie, zum anderen Teil auf geringere Stromabgabe nach Süddeutschland und über die französische Zone nach Frankreich zurückzuführen ist. Während im Februar an die amerikanische Zone 33 Mill. kWh und an die französische Zone 34 Mill. kWh in der Woche abgesetzt wurden, waren es im Juni nur noch 2,5 bzw. 14,5 Millionen kWh.

In Hamburg sollen 14 Heiligen nach einer Erklärung des Gouverneurs der Hansestadt, Dr. Dunlop, erhalten bleiben. Die Heiligen werden eine Länge zwischen 50 und 100 m haben, was nach Ansicht der britischen Militärregierung für die zu erwartenden Bauparzellen mehr als ausreichend sei. Zu den großen Schiffswerften, die in Hamburg bestehen bleiben sollen, gehören die Norder-Werft, Deutsche Werft (Finkenwerder), die Süddeutschen (Steinwerder) und Howaldt-Werke.

Ab 1. Juli 1949 ist nach einer Anordnung der VW die Preisbindung für Glühlampen in der Doppelzone aufgehoben worden.

Ostzone

Eine Anordnung der „Deutschen Wirtschaftskommission“ erklärt alle im Eigentum der Länder, Kreise, Gemeinden, Körperschaften und öffentlich-rechtlichen Anstalten (mit Ausnahme der Kirchen) befindlichen Betriebe der Land-, Forst- und Gartenwirtschaft einschließlich aller Liegenschaften, Ausrüstungen und aller Art von Vermögen zum Eigentum des

Landes. Die in der Ostzone befindlichen Betriebe sind in die Kategorie der Betriebe der Volkswirtschaft eingestuft.

Die Knoop- und Ströbbeckfabrik Otto Berning & Co., Schwein, hat für ihre 200 Mann starke Belegschaft ab 1. Juli eine Gewinnbeteiligung in der Form eingeführt, daß in jedem Jahr ein Drittel des Reingewinns an die Beschäftigten verteilt werden soll. Für das vergangene Geschäftsjahr wurde ein nach einem Punktsystem errechneter Betrag ausbezahlt, der sich im Durchschnitt auf 33 bis 50 Prozent der üblichen Monatsbezüge belief.

Das Leben in Hamburg ist im Juni, wieder um 2,5 Prozent teurer geworden, als im Mai. Diese Verteuerung führt das Statistische Landesamt insbesondere auf die erhöhten Lebensmittelpreise zurück, die im Juni um 4,7 Prozent gegenüber dem Vormonat angestiegen sind. Preiserhöhungen für Gemüse, Eier, Textilien, Schuhwaren, Schuhreparaturen und Haarstrichwässer stiegen um das Ansehnliche der Lebensmittelpreise um etwa 20 bis 27 Prozent seitens Bekleidungsstoffe den stärksten Rückgang.

Nach den Feststellungen des Statistischen Amtes der Doppelzone ist der deutsche Bierverbrauch im Gegensatz zu dem zunehmenden Tabakverbrauch seit der Währungsreform bedeutend zurückgegangen.

Die Doppelzone, aus dem Anstieg der zehn Monate April 1948 bis Januar 1949 ist die zwölfe Monate des Jahres 1948-1949 um 1,5 Prozent umgewandelt.

Bemerkenswert ist die Feststellung, daß der Bierverbrauch in der Doppelzone — in die Länder mit dem höchsten Bierverbrauch Bayern und Nordrhein-Westfalen, liegen — seit dem Währungsreform nicht gesunken ist, obwohl der Biermarkt über den letzten Teil des Jahres außer von zwei auf sieben bis acht Prozent erhöht worden ist.

Der Holzverbrauch hat den Grubenholzverbrauch innerhalb vier Monaten um etwa ein Zehntel gedrosselt.

Die im Durchmesser verminderten Stempel werden in größeren Abständen eingeholt, und in stärkerem Maße dieser Stempel und Stempelkappen verwendet. Ferner wird etwas Grubenholz aus nicht mehr befahrenen Strecken abgebrochen. Gewisse Versorgungsschwierigkeiten ergeben sich trotzdem, ist Stempelholz bis zu 12 im Durchmesser nur in beschränktem Umfang lieferbar ist.

Die ersten 3 amerikanischen Schiffe für die deutsche Fischereiflotte trafen in Bremerhaven ein. Bis Ende Juli werden weitere neun Schiffe erwartet.

Ein Kleinauto für zwei Personen hat der Ingenieur Hermann Lohmann in Lohndorf-Schleswig entwickelt. Der Wagen wiegt 100 kg, ist 2,15 m lang, 1,06 m breit und 1,13 m hoch und soll mit einem 90-cm-Motor auf einer Strecke eine Geschwindigkeit von 40 km/h, bei einem Kraftstoffverbrauch von zwei Liter Gemisch je 100 km erreichen. Bei Betriebsbau soll der Preis des Wagens voraussichtlich etwa 1000 DM betragen.

Öffentlichen Rechte geschaffen. Volkseigene landwirtschaftliche Betriebe oder Teile davon können ebenfalls in die VVG überführt werden. Eine Verpachtung der von der VVG erlassenen Betriebe ist unzulässig, eine Überlassung zur Nutzung an staatliche Stellen, antiländlich-demokratische Organisationen, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts ist statthaft. Mit der Überführung der Betriebe in die VVG überträgt sich alle etwa bestehenden Pacht- oder Nutzungsverträge. Das lebende und tote Inventar darf nur mit Genehmigung des Leiters der Vereinigung entfernt oder anderen zum Eigentum oder Nutzung überlassen werden. Bei allen entgeltlichen oder unentgeltlichen Veräußerungen von in Privatbesitz befindlichen landwirtschaftlichen Grundstücken oder Grundstücken steht der VVG ein gesetzliches Vorkaufrecht zu, das im Range allen anderen rechtsgeschäftlichen oder gesetzlichen Vorkaufrechten vorangeht. Macht die Vereinigung von ihrem Vorkaufrecht Gebrauch, so gelten für den Verkauf die von den zuständigen Behörden festgesetzten Taxenpreise. Zweck besserer Bewirtschaftung der einzelnen Betriebe werden im Rahmen des VVG Gebiets- und Fachvereinigungen gebildet.

Am Osterfesten Magratz wurde scharfe Kritik von der „Vereinigung Volkseigener Betriebe, Bauwesen und Baustoffe“ geübt, die ihre Entstehung der im Vorjahr durch Ostmagistratsanordnung eingetragenen privaten Bauformen verdankt. Es wurden über unzureichende Terminforderungen bei der Durchführung von Bauvorhaben geäußert und eine bessere Abstimmung der Terminplanung verlangt. Die Mittel für die Lehrjahre Ausbildung seien viel zu knapp bemessen und der Magratz müsse für den Lehrjahrgang in Friedland, wo man bis 1948 ständig 1000 Lehrlinge zu beschäftigen hofft, größere Beträge als bisher über die Investitionsbank bereitstellen. Die Wirtschaftler arbeiten viel zu langsam und die Anträge auf Zulassung von notwendigen Gebrauchswaren laufen ein halbes Jahr.

Die von den sowjetischen Aktiengesellschaften vorgeschlagenen Bedarfsanforderungen sind im „Volkseigenen Betrieb, Bauwesen und Baustoffe“ angenommen, wie sich aus einer Anordnung der ostdeutschen „Deutschen Wirtschaftskommission“ ergibt. Damit würde die Planproduktion für einen Teil in Kanäle fließen, die der Aufsicht der DWK nicht unterstehen, wie aus Wirtschaftskreisen der Ostzone betont wird. Umgehbar ist auch die Bedarfsanforderung der volkseigenen Betriebe bei den SAGs der zuständigen Stelle der DWK einzureichen. Die ersten Meldungen dieser Art sind zum 1. September 1949 für das nächste Planjahr der Hauptverwaltung Wirtschaftsentwicklung abzugeben. Die durch den Plan festgelegten gegenseitigen Lieferungen sind lebend, bei bedingungslosen Einverständnis kann der Umfang der Lieferungen über den festgesetzten Plan erhöht werden, sofern die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes dadurch gefördert wird.

Die Zonenvereinigung Volkseigener Betriebe des Elektromaschinenbaus „VEM“ sticht am 13. Juli von Leipzig nach Berlin über.

Eine Liquidierung der Halffeldener Gewerkschaften in der sowjetischen Besatzungszone ist nicht beabsichtigt, wurde von der Vereinigung Volkseigener Erfindungen und Aufbaubetriebe (VEAB) erklärt. Es seien im Gegenteil in Brandenburg seit Anfang 1949 schon 62 Gewerkschaften reaktiviert worden. Geklagt wurde jedoch über eine teilweise zu hässliche Einstellung von Gewerkschaften und Privatfirmen.

Eine Verordnung über die Neuorganisation des Apothekenwesens in der Ostzone bestimmt, daß die Errichtung, Verlegung und Schließung von Apotheken der Zustimmung des Landesgesundheitsamtes bedarf. Neue Apotheken mit Ausnahme von Polikliniken, Betriebsapotheken, Krankenhausapotheken werden als Landesapotheken vom Land errichtet und betrieben. Die wirtschaftliche und verkehrliche sowie gesundheitliche Apothekenbetriebsrechte sind in der Ostzone dieser Art beruhenden Willen- und Willenshaber der Betriebsrechte Apotheker sind und die Apotheken selber selbst geleitet haben. Apotheken in Privatbesitz haben die die Apotheken als Apotheker nicht selbst geleitet, bedarf der Weiterbetrieb durch den bisherigen Inhaber der Bestätigung des Landesgesundheitsamtes. Bisherige Inhaber der Apothekenbetriebsrechte sind deren Erben, die für Schulden der Erlasser persönlich haften, sowie Witwen und Waisen, die ein derartiges Apothekenbetriebsrecht verlieren, sind auf Antrag aus der zentralen Ausgabekasse zu entschädigen, die bei der Hauptverwaltung Gesundheitswesen der DWK eingerichtet wird.

In der Volkseigenen Zündholzwerkzeugmaschinen-Fabrik in Dresden wurde dieser Tage die 100. Zündholzschnitz-Maschine hergestellt. Die Schätzungen in der zweiten Augustwoche ergeben, die Trockenheit oder gar Dürre könnte nun aber eine erhebliche Korrektur der Erntemengen bringen und die Gefahr des befürchteten Preissturzes auf dem Weizen- und Baumwollmarkt mildern. Ein erheblicher Rückgang der Preise für landwirtschaftliche Produkte müßte empfindliche Einwirkungen auf die Inflation und Dauer der allgemeinen rückläufigen Konjunktur gewesen. So angesehen, verliert die Trockenheit für den amerikanischen Beizler etwas von dem Schrecken, den sie zu zunehmend einigt.

Wir kennen dies von Berliner Eisenbahnern, als die personalen Behörden Streikbrecher auf die Westfälische Bahnhöfe entsandten. Wo bleibt die Freiheit des arbeitenden Menschen und die Möglichkeit, nur die Betriebe auszuführen, die jeder mit seinem Gewissen verbinden kann? Welcher Unterschied besteht zwischen einem militärischen Befehl, dem ein zufällig für eine gewisse Zeit Uniformtragender Arbeiter ausführen muß und einem deutschen Arbeiter der Ostzone, der für den Abtransport von Kohle zu kommandieren. Also auch dort Streikbrecherarbeit auf Kommando.

Das sind Fragen von so prinzipieller Bedeutung, daß sich ihnen auch kein Wirtschaftler entziehen kann. Für allem wir in Deutschland sind für diese Probleme sehr empfindlich geworden; wir sind um so berechtigter, eindringlich zu warnen.

Trockenheit — Preisrückgang

Die Trockenheit, die sich nicht nur in unseren Breiten zu einer richtigen Dürre zu entwickeln droht, erfüllt die Landwirte in den Frühjahrsmonaten große Hoffnungen hatte aufkommen lassen, mit Besorgnis und Enttäu-

schung. In Regierungskreisen der Vereinigten Staaten findet man in den geschwächten Ernteschätzungen, wie behauptet wird, auch etwas Tröstliches.

Man rechnet in Nordamerika in diesem Jahr mit mindestens 1,2 Mrd. Bushels (1 B = 35,238 l Weizen). Da der Inlandbedarf höchstens die Hälfte dieser Menge beträgt, würde bei einem Export von rund 170 Mill. Bushels noch immer ein erheblicher Überschuss im Lande bleiben. Zwar wird die Kredit- und Ankaufspolitik der Regierung die Übernahme großer Quantitäten möglich machen. Früher oder später wird aus Verhandlungen so großer Werten-

stände jedoch unvermeidlich Einfluß auf die Preisentwicklung gewonnen. Hieran wird auch die Verfüllung der Getreidevorräte an das Vieh nicht viel ändern können. Die Anstiegen des Viehbestandes wird vielmehr auf lange Sicht ein Staken auch der noch immer hohen Fleischpreise bewirken.

In den Vereinigten Staaten sieht man für das Jahresende und den Beginn des kommenden Jahres außerdem Preisrückgänge für Wolle und Baumwolle voraus. Die gegenwärtigen niedrigen Schätzungen reihen mit einer sehr hohen Baumwollenernte. Ansehend unverlässige Zahlen werden allerdings erst

Die italienische Schwerindustrie

Zuschüsse und Sanierungspläne der verstaatlichten Betriebe

Zu nachstehendem Bericht aus Italien wird auf die Ausführungen über Italienische Staatsbetriebe in der Ausgabe vom 1. 7. (Nr. 26) verwiesen. Seit ihrem Einsetzen um die Jahrhundertwende lastet die italienische Schwerindustrie auf der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Wie nach dem ersten Weltkrieg, beschlagnahmte sich Regierung und Presse mit der Möglichkeit einer Sanierung der durch den Verlust arbeitenden Werke, die nur durch beträchtliche Staatssubventionen am Leben erhalten werden. Den Kern des Problems bilden die weit über den internationalen Stand liegenden Kosten und Preise der elektrischen Industrie, die auf die gesamte Maschinenindustrie übertragen.

Die italienische Eisen- und Stahlindustrie verlor zu Beginn des ersten Weltkrieges vor allem auf den drei Hochöfenanlagen von Portoferraio (Itala), Bagnoli (Svepol) und Piombino. Der technische Zustand war schon damals schlecht. Die Altschmelze waren Gegenstand von Investitionsmaßnahmen, deren Gewinne nicht den Produktionskosten entsprachen. Einmalig, der heutige Staatspräsident, schätzte IRI, daß die Jahresproduktion im Gesamtwert von 180 Milliarden Lire dem italienischen Steuerzahler und Konsumenten 200 Mill. Lire kostete. Die großen Kriegsgewinne wurden von der beherrschenden Gesellschaft ILVA zum Aufbau eines Konzerns mit wesentlichen Interessen, unter anderem im Verlagswesen, verwendet. Nach dem Zusammenbruch im Mai 1921 ging das von 300 auf 15 Mill. Lire verringerte Aktienkapital der ILVA in den Besitz der Banca Commerciale und des Credito Italiano über. Kurz darauf brach nach die Società Anonima zusammen, die während des Krieges eigene Anlagen der Schwerindustrie errichtet hatte. Fast alle Banken Italiens gerieten dadurch in Schwierigkeiten. Zu ihrer Rettung und zur Übernahme ihrer neuliegenden Industriebetriebe wurde 1932 das staatliche „Istituto per la Ricostruzione Industriale“ (IRI) ins Leben gerufen. Die ILVA wurde saniert. Die Po-

litisierung der Produktion liegen: Die Gegenstände werden ein, daß der staatliche Anteil an der Eisen- und Stahlindustrie von 43 (1948) auf fast 100 Prozent steigen, die Arbeitslosigkeit zu nehmen und die geplante Erzeugung von jährlich etwa 3 Mill. t auf Absatzschwierigkeiten steigen würde. Die Gewerkschaften der 80.000 Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrie stehen auf Seiten der Falck-Gruppe, weil sie den Verlust von Arbeitsplätzen befürchten. Zu bedenken sind indes die Interessen der rund 850.000 Arbeiter der Maschinenindustrie, die infolge der überhöhten Eisen- und Stahlpreise auf dem Weltmarkt zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit verlor.

Die Lage in der Eisenverarbeitenden Industrie, namentlich im Maschinenbau, ist noch ärger. Die Umstellung von Rüstungs- auf Friedensproduktion ist nur in seltenen Fällen — wie bei den Dalmine-Rüstungswerken in Bergamo und Aagnola — gelungen. Überalterte Anlagen, unproduktive Löhne, hohe Geldkosten, mangelhafte Arbeitsproduktivität bilden hier zusammen mit der wachsenden Absatzkonkurrenz und der ungenügenden Absatzorganisation vielfach verheerende Ursachen und Wirkungen. Der Welt- und Maschinenbau-Konzern Otero-Terzi-Orlando, von dessen 30.000 Arbeitern etwa 20.000 für sechs Monate unter Weitergewährung von 90 Prozent des Normallohns beurlaubt sind, arbeitet seit 1944/45 mit zunehmendem Verlust. Der bilanzielle Gesamtverlust erreichte bis Ende vorigen Jahres 4,9 Milliarden Lire; seit März 1948 stiegen — bei einem Aktienkapital von nur 130 Mill. Lire — die Anleihebesoldungen von 3,7 auf 11,3 Milliarden Lire, trotz Neuvaluierungen und staatlichen Subventionen, die zum geringen Zinssatz von 1,5%. Das Werk- und Maschinenbaunehmen Ansaldo, das bei einem Gesellschaftskapital von 500 Mill. Lire bis Ende März vorigen Jahres 17,4 Milliarden Lire IRI-Stützungsgelei erhielt und seit 1944/45 Verluste im Gesamtbetrag von 12,7 Milliarden Lire

aufwies, liefert ein noch schlimmeres Beispiel. Zum Teil wird die Herstellung ausländischer Schiffbauaufträge in den Jahren 1946/47 zu unter dem Erzeugungskosten liegenden Preisen für die heillosen Lage verantwortlich gemacht. Ansaldo arbeitet gegenwärtig fast ausschließlich für den Staat. Früher machten die Aufträge der Kriegsmarine etwa drei Fünftel der Beschäftigung aus. Die Erhaltung des Flugzeug- und Maschinenbau-Unternehmens Ansaldo hat dem Staat seit dem Krieg fast 13 Milliarden Lire gekostet. Nicht besser sind die Ergebnisse bei Caprol, Alcech-Bacchi, verstaatlichter Maschinenbau-, Laboratorien und Konstruktionsbüros. In der Maschinenbau-Unternehmen, Isotta Fraschini ist beschieden, daß eine Belegschaft von 4000 Arbeitern von 7 Direktoren und technischen Leitern geführt wird; die dort vorliegenden Textilmaschinenaufträge über monatlich 200 Millionen Lire werden nur zur Hälfte erfüllt, und der in Gang erhaltene Kraftfahrzeugbau arbeitet mit einem Defizit von 800.000 bis 1.000.000 Lire je Fahrzeug. Zu den allgemein über dem internationalen Stand liegenden Erzeugungskosten greift sich in vielen Fällen noch eine mangelhafte und schwerfällige technische und verwaltungsmäßige Organisation, die den Staat aus politischen und sozialen Rücksichten immer

wieder zu Zuschüssen, Darlehen, Subventionen und ähnlichen Hilfen nötigt. In letzter Zeit ließen sich die Sanierungspläne der Schwerindustrie nicht, wie der Präsident der IRI, Marchesini, auf dem dritten Nationalen Außenhandelskongress kürzlich sagte, bei dem Komplex der staatlichen IRI-Betriebe, der 51 Werke mit etwa 80.000 Beschäftigten umfaßt. Die Finanz- und Schiffbauabteilung der IRI, will die Belegschaft der Unternehmen Ansaldo, OTO (Otero-Terzi-Orlando) und San Giorgio (Zentr.-Zementwerke) sowie durch Bauaufträge sichern, die sich auf die Hälfte der gesetzlich vorgesehenen Schiffbauaufträge (200.000 BRT) erstrecken. Die Finanzabteilung, die Maschinenbaugruppe der IRI, genehmigt die elektrischen Abteilungen der Unternehmen Ansaldo und San Giorgio mit Aufwendungen in Höhe von 4 bis 5 Milliarden Lire wirtschaftlicher zu gestalten. Auch hier wehrt sich die Privatindustrie, die nach dem Börsenkrash einer Depression ausgesetzt, gegen die Begründung staatlicher Unternehmen. Sie macht geltend, daß von der im Finanzjahr 1948/49 in der Industrie und im Handwerk investierten Summe von etwa 200 Milliarden Lire rund 96 Milliarden auf den IRI-Komplex kommen, obgleich dieser mit insgesamt 120.000 Arbeitern nur 8% der in Industrie und Handwerk Beschäftigten stellt.

Auf der anderen Seite sind bei der Genehmigung von Darlehen, deren Gesamtsumme mit 28,6 Millionen (rund 23 Milliarden Lire) angesetzt wird, beide Gruppen beteiligt worden. Die Zukunft wird zeigen, ob diese Anleihen eine nachhaltige Sanierung bewirken. Sie erhielten: Finisider IRI, Siana 1,48, Falck 2,3, Cantieri Metallurgici Italiani 1,94, Stabilimenti-Itala-Vials 1,5, Cogne 1,34, Soc. Metallurgia Broggi 0,55, Dal-

mine 0,45, Ewa 0,25, Cornigliano S.A. IRI-Maschinen und Kugellagerfabrik 1,8 Milliarden Dollar.

Keine Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft

Der italienische Minister für öffentliche Arbeiten erklärte, die Regierung habe nicht die Absicht, die Elektrizitätswirtschaft zu nationalisieren, insbesondere da dies einen Aufwand von 1400 Mrd. Lire erfordere. Er sei lediglich an einer Steigerung der Stromerzeugung und Senkung der Erzeugungskosten interessiert und werde in nächster Zeit Maßnahmen zur Kontrolle der Erzeugung und Verteilung beschließen.

Passiver Außenhandel

Italiens Außenhandelsbilanz zeigt folgende Bild:

| | April | März |
|---------|-------------|-------|
| | in Mill. \$ | |
| Einfuhr | 144 | 157,3 |
| Ausfuhr | 100 | 98,3 |
| Saldo | -44 | -59,0 |

Allgemeinmarkt

Der italienische Allgemeinmarkt ist noch ruhiger als in anderen Jahren zu dieser Zeit. Nach Ansicht des Großhandels in Biella wird die Depression voraussichtlich bis zum September anhalten. Wie weit die Preise sinken werden, hängt vor allem von dem Umfang der Lämpfeneinfuhr und der Ausfuhrmöglichkeiten nach Deutschland ab. Mitte Juni wurden folgende Preise genannt:

| | Lire je kg |
|--------------------------------|------------|
| Prato: | |
| Wirkereisabfälle, unsortiert | 175—220 |
| Tibet | 205—220 |
| Biella: | |
| Schweizer Wirkereisabfälle | 270—300 |
| Britische Wirkereisabfälle | 170—200 |
| Baumwollspinnerei weiß 1 u. II | 70—75 |

Pariser Brief:

Die versagenden Betriebsausschüsse

Von unserem M.A.R.E.-Korrespondenten

Die Geschichte der französischen Wirtschaftspolitik nach der Befreiung ist ein Versuch von Parteien, die sich rechtgerichtet haben. Doktrinen zu verwickeln, die von linksgerichteten Leuten ausgearbeitet wurden. Die jeweilige Nachkriegspolitik hat den „Stalinismus“, von dem wir vor langer Zeit an der gleichen Stelle gesprochen haben, entwickelt, wenn nicht sogar herbeigeführt; sie hat einen Sozialismus gewollt, ein Zwischenglied zwischen dem „Faschismus“ von Vichy und dem russischen Kollektivismus, und hat in der individuellen Freiheit den Todfeind der Arbeitermassen und des Kleinbürgertums gesehen, deren Verteidigung man aufnahm, um dadurch Stimmen für sich zu gewinnen. Auf Grund dieser Initiative — die wir ausdrücklich für illoyal halten — entstand das Gesetz vom 22. Februar 1948, durch das ein frühes Gesetz vom 18. Mai 1946 erweitert und veränderte wurde, und das in allen Unternehmen, die mehr als 50 Beschäftigte beschäftigen, einen von den Arbeitern durch Abstimmung gewählten Betriebs-Ausschuss, ein Organ der Kontrolle, errichtete.

2. des taktischen Mißgriff seitens der CGT (der kommunistischen Gewerkschaftsorganisation).

Der Irrtum des Gesetzes

Der Irrtum des Gesetzes und der der Gewerkschaften bestand darin, dem Gesetz, daß unter den Arbeitern mit Leichtem Männer zu finden sein würden, die sich zur Entsendung in die Ausschüsse eigneten.

tern sich im Begriff Beruf vereinigt gewußt haben, und daß dieses Wort einen edleren Klang hat als das erste.

Was haben die Betriebs-Ausschüsse erreicht?

Auf dem Gebiet der Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter haben die Betriebs-Ausschüsse immer fähigen Erfolg zu verzeichnen gehabt, wenn sie sich in loyaler Zusammenarbeit ehrlich für dieses Ziel eingesetzt hatten.

Auf dem Gebiet der Produktion und des Ertrages haben sie stets zur französischen Wiederaufbau beigesteuert, sobald sie sich zur Aufgabe gemacht hatten, die von den Betrieben gemachten Erfahrungen und Beobachtungen auszuwerten.

Wenn sie aber von diesem Weg abwichen, um den Kampf gegen das Unternehmertum aufzunehmen, richteten sie nur Schaden an, und heute sind sie nur noch ein unheiliger, unzulänglicher und schon überlebter Organismus, der, ohne jeglichen Gewinn zu bringen, in die Hierarchie der Unternehmen eingeschoben worden ist.

Sie haben überall dort zum sozialen Frieden beigetragen, wo sie Instrumente des Kontaktes und der loyalen Zusammenarbeit mit dem Unternehmer gewesen sind; arbeiteten aber jedesmal gegen diesen sozialen Frieden, wenn sie nicht andere als Hammerträge und Volksorgane der niedrigen Absichten der kommunistischen CGT waren.

Der größte Mißerfolg ist aber, daß die Personal nicht unmittelbar in die Geschäftsführung einmischendes verweigert hat und es gelang ihnen dieses nicht, weil allen Gratzern der Welt zum Trotz die Direktoren eines Industrie- oder Handelsunternehmens von ständiger Bedeutung im 20. Jahrhundert nicht in Reichweite jedes ersten besten liegt. Von heute auf morgen ist weder ein „Geschäftsmann“ noch ein Buchhalter, Buchverwalter oder Kalkulator zu improvisieren.

So gesehen ist der in Rede stehende neue Gesetzentwurf zwecklos und gefährlich.

Zwecklos, weil der Arbeiter nicht im gewählten Tempo des Unternehmens kooperieren kann — und will Gefährlich, weil die CGT die Hand auf 80% der bestehenden Betriebs-Ausschüsse gelegt hat und es ihnen gefügiges Bildner gemacht hat. Es handelt sich nicht mehr um eine „Arbeitskontrolle“, sondern um eine Kontrolle durch die CGT, und um die im Hintergrund von der kommunistischen Partei auf die französische Produktion ausgetrocknete Hand.

Nachdem — etwas spät — entdeckt worden ist, daß schon die Nationalisierung eine zwar legale aber unkluge Verneinung der Unverantwortlichkeit mit der Unzulänglichkeit davor, daß es gefährlich nicht zu erkennen, daß die „Arbeitskontrolle“ schon halbe Kollektivierung ist.

Blick der französischen Handelsflotte

Die französische Handelsflotte hat zur Zeit nach einer am 1. Mittelung 833 Einheiten mit über 2,5 Mill. Tonnen, wovon 34 Einheiten mit 130.000 Tonnen befinden sich im Bau.

Afrika mit seinen reichen, bisher erst zum Teil erschlossenen mineralischen Bodenschätzen, rückt neuerdings wieder in den Mittelpunkt des Interesses bei den Großmächten. Der von amerikanischen Repräsentantenhaus eingesetzte Ausschuss für auswärtige Hilfe hat der Regierung empfohlen, von den europäischen Marshallplan-Ländern zu verlangen, daß diese dem amerikanischen Kapital ihre Kolonialgebiete öffnen. Dieser diesen Bestimmungen sieht offenbar das Amt für die Beschaffung strategischer Rohstoffe. Wir verhalten, soll in Kürze ein Stab von 80 amerikanischen Geologen Afrika bereisen.

Zwei Gebiete sind es besonders, die das Interesse der Amerikaner schon während des Krieges gefunden haben, Belgisch-Kongo und Rhodesien. Seit dem Jahre 1946/47 sind die Gebiete des belgischen Nord- und Rhodesien dem englischen Empire einverleibt, und die Gründung des Kongostaates erfolgte im Jahre 1960, und wurde später durch energisches Zupacken des Königs der Belgier, Leopold II. zur belgischen Kolonie. Amerikanisches Kapital konnte seit der Jahrhundertwende nur in unbedeutendem Umfang Einfluß in Afrika gewinnen. Während des Krieges hat sich aber die Bedeutung der afrikanischen Bodenschätze für die USA klar erwiesen. Vor allem sind es die komplexen Uranerzorkommen und die bedeutende Gewinnung an Industriediamanten, die die USA reizen. Aber auch die Kupfer- und Zinnerzorkommen Belgisch-Kongo-Kreis bis hin auf in die Regierung. Andererseits hat das englische Kapital, dessen Positionen im Fernen Osten sehr problematisch geworden sind, kein Interesse daran, den amerikanischen Einfluß in Afrika wachsen zu sehen. So betrachtet Afrika gottgesandten als eine Demone. Zwischen den beiden anglo-amerikanischen Mächten spielt sich gegenwärtig ein Kampf hinter dem Kulissen ab, dessen Ausgang noch völlig offen ist.

Rund 60% der Weltförderung an Uranerz entfielen mit 1932 im Jahre 1936 auf Belgisch-Kongo. Ende 1933 traten dann die bedeutenden nordkanarischen Vorkommen von Großen Barenzoe stärker in Erscheinung, und es ist zu verstehen, daß sich England äußerst stark für eine Interessensnahme an den Schätzen des Kongostaates schon während des Krieges einsetzte. Es ist den Briten kaum daran gelegen, den amerikanischen Einfluß stärker werden zu lassen, als es ohnehin während des Krieges wurde, als die USA praktisch die gesamte Uranerzförderung für die Herstellung der Atombomben erhielten.

Aber auch die Diamantenvorkommen Belgisch-Kongo bieten einen starken Anreiz für das amerikanische Kapital, denn der Hauptanteil der Diamantengewinnung entfällt auf Industriediamanten, die die USA stützen müssen. Belgisch-Kongo stand in den Kriegsjahren weitau an der Spitze der Diamantenerzeugung der Welt. Sein Anteil betrug 1936 67%, 1939 67%, 1940 70%, 1941 80%, und 1942 ebenfalls 80%. Für 1944 wurde die Erzeugung auf rund 10 Mill. Karat geschätzt. Der vorwiegende Anteil der Industriediamanten am Weltmarktumsatz war nicht zuletzt durch die Produktionssteigerungen in Belgisch-Kongo von 16,7% im Jahre 1933 auf 33,3% im Jahre 1942 gestiegen. 1940 führten andererseits die Vereinigten Staaten 2,3 Mill. Karat oder rund 24,7% der Welt-Diamantenerzeugung, hauptsächlich Industriediamanten, ein. Während des Krieges schon kam es zu Angriffen von amerikanischen Seite gegen das britische Diamantenmonopol, und man kann annehmen, daß die beherrschende Stellung Englands im Weltdiamantengeschäft gefährdet ist, wenn es dem amerikanischen Kapital gelingt, stärkeren Einfluß auf die Diamantengewinnung Belgisch-Kongo zu erlangen.

Magnet Afrika

Uran, Diamanten, Zinn, Kupfer: ein Kampf USA — England

Während des Krieges haben die USA ohne eine eigene Erbschaft eine recht bedeutende Zinnindustrie durch die Errichtung der staatlichen Zinnhütte in Texas City ins Leben gerufen. Was ist natürlich, als daß sie sich eine Einflußnahme auf Zinnvorkommen zu sichern suchen. Langfristige Lieferverträge mit den bolivianischen Zinnerzorkommen deckten zwar den Bedarf der Hütte im Krieg, aber die Amerikaner wollten die Erfahrung machen, daß sich die bolivianischen Produzenten für Zinn sehr leicht bezahlen ließen. Seit Kriegsende bezieht die amerikanische Hütte in steigendem Maße Konzentrate aus Indonesien und sogar aus den Malaisienstaaten gegen die Wünsche der englischen Zinnerzuger, und die Zinnerzorkommen Belgisch-Kongo wären zweifellos eine wertvolle Ergänzung der Erbschaft der amerikanischen Hütte. Die Zinnerzförderung Belgisch-Kongo erreichte im Krieg im Jahre 1944 immerhin 11.400 t Zinnhalt.

Auch das Kupfererz Belgisch-Kongo (siehe unseren Aufsatz in Nr. 23) ist ein Anziehungspunkt für das amerikanische Kapital. Denn die Gewinnungskosten in Afrika liegen bedeutend unter den nordamerikanischen. Andererseits wäre das konginesische Kupfererz eine wertvolle Ergänzung für die Engländer zu den rhodesischen Vorkommen. Auch hier offenbaren sich die gegensätzlichen Interessen zwischen England und den USA. Die Kupfererzeugung, die hauptsächlich auf die „Katanga“ entfällt, erreichte im Krieg mit 182.413 t im Jahre 1944 ihren höchsten Stand.

Die Bergbauförderung Belgisch-Kongo umfaßt aber noch eine Reihe weiterer wertvoller Mineralien, wie Gold, Eisen, Erze der Platingruppe, Silbererz, Bismut, Kobalt, Zinn, Zink, Wolfram, Vanadium, Phosphatvorkommen usw. Letztlich Kobalt ist zur

in geringen Mengen und unzureichender Qualität vorhanden, weshalb die Kupferindustrie auf den Bezug der südrhodesischen Wankie-Kohle angewiesen ist.

Obwohl bereits nach den letzten Angaben 230 Minen- und Schürftunternehmen in der belgischen Kolonie tätig waren, ist der Umfang der Bodenschätze wahrscheinlich weit zu einem Bruchteil bekannt. Von den Unternehmen entfallen 59 Gesellschaften auf die Diamantengewinnung, 23 auf die Zinnerzförderung, 11 auf die Kupfergewinnung, 1 auf die Kohlenförderung und 2 verschiedene Gesellschaften auf die Erzeugung von Kobalt, Radiumsalzen usw. Außerdem wurden 69 verschiedene Steinbrüche, 39 Gesellschaften für die mechanische Erzaufbereitung, 174 Unternehmen der Maschinenindustrie, sowie für Reparaturarbeiten an Schiffen und Automobilen, 500 Unternehmen der Holzindustrie, 141 Unternehmen zur Erzeugung von Mauersteinen und Ziegeln, 87 Unternehmen der Kalk- und Zementindustrie, 110 Elektrizitäts- und Gasgesellschaften, 121 Textilunternehmen, 6 Unternehmen der chemischen Industrie sowie eine Reihe anderer Unternehmen der verschiedenen Industrien erwähnt. Insgesamt gab es in Belgisch-Kongo während des Krieges rund 8000 industrielle Unternehmen.

Damit ergibt sich für das amerikanische Kapital in Belgisch-Kongo außer der weiteren Erschließung der Bodenschätze ein reiches Betätigungsfeld auf allgemein industriellem Gebiet. Die Zukunftsaussichten sind in jeder Beziehung außerordentlich. Aber wie gesagt, auch England ist an der afrikanischen Wirtschaft stark interessiert und es verfügt im Augenblick zumindest über die stärkere Position auf Grund seines Kolonialbesitzes.

**Süddeutscher
Spinnweber-Verband G.m.b.H.**

Stuttgart z. Zt. Wendlingen (Neckar)

Spinnereien

Webereien

Bleichereien

Färbereien

Druckerei



1. die Unkenntnis der Lage seitens der Urheber des Gesetzes.

Urlaub auf Ehrenwort nach Tirol!

Osterreichs Fremdenverkehr leidet unter Blockade

Innsbruck, 12. Juli

1000 RM mußte man bezahlen, wollte man mit seinem Nealepaß zu Hitlers Zeiten nach Osterreich. Das war die Forderung des in Preußen regierenden Osterreichers für die Behandlung, die sein kleiner faschistischer Halbbruder Dollfuß seinen Anhängern zuteil werden ließ, denn der hätte, wie alle Diktatoren, auch schon sein KZ. Es wurde auf Osterreichisch etwas freundlicher mit „Anhaltelager“ bezeichnet und befand sich in Wöllersdorf. 1000 RM aber zahlte niemand in Hitlers Parkhaus, um die Tiroler Bergwelt zu erwandern. So wurde nach der englischen Hungerblockade von 1918 die zweite Blockade geboren. Es war die des Fremdenverkehrs. Die Blockade scheint eine Modekrankheit des Jahrhunderts zu sein, für die es noch kein politisches Penicillin gibt. Hitler wollte mit ihr seine Heimat anschluttern machen. Das gelang ihm und wurde mit Blühen und Jubel bei seinem Einzug quittiert. Will man heute noch Osterreich, so kann man das nicht einmal für 1000 DM. Verkauft man es doch, so kann es einem noch besser zu stehen kommen, wenn man sich erwischen läßt. Die Fremdenverkehrsblockade von heute soll Osterreich aber nicht wieder anschluttern machen. Im Gegenteil, sie soll die Entwicklung der Selbstständigkeit und geistigen Lebendigkeit fördern. Diese Logik ist anerkannt, aber dennoch beim besten Willen nicht zu begreifen. Warum Hitlers Maßnahme überhohen, wenn man das Gegenteil von dem anstrebt, was er mit diesen Maßnahmen bewirkte?

Ist die Tür für Inhaber osterreichischer Pässe weit aufgerissen, wie auch Reisen nach Liechtenstein und der Schweiz möglich sind, der Grenzschutz der Freiheit ist demnach wesentlich kleiner, als die Scheidelinie zu dem verhassten Westen. Kein Wunder, daß sich das französische Besatzungsgebiet — was für den deutschen Leser noch erstaunlich klingen mag — großer Beliebtheit in Tirol erfreut, weil es neben einer Anzahl anderer Maßnahmen von europäischer Weltweite wenigstens zu viele Erleichterungen in der Praxis des kleinen Grenzverkehrs schafft, daß von Linz, Konstanz und Ravensburg aus die Erholungsuchenden Vordrängen werden können und damit die Gebirge und Seebühnen dieses westlichen Osterreich in dieser Saison wieder Auftrieb erleben.

Nehmen wir Tirol als Beispiel, um an den Tatsachen das Bild der Wirklichkeit abzulesen. Dort stehen 46 000 Betten für den Fremdenverkehr zur Verfügung. 3000 sind für Besatzungszwecke beschlagnahmt worden, 4300 sind dem Krieg zum Opfer gefallen. Etwa 100 000 sind im letzten Jahr vermisst worden. Im vergangenen Jahr buchte Tirol 700 000 Nächtigungen, von denen 500 000 auf Osterreichler fielen. Das war vor der letzten Geldumstellung und den Preissteigerungen. Im Vergleichsjahr 1930 (das anomale Konjunkturjahr 1938 kann nicht herangezogen werden), waren es jedoch in Tirol 1,3 Millionen Nächtigungen, von denen 1,8 Millionen auf Reichsdeutsche entfielen. In bestimmten Bezirken, wie z. B. dem Außer-Rodener Gebiet, betrug der Anteil der Reichsdeutschen 88 Prozent an den Übernachtungen. Die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr dieses einzigen Bezirkes beliefen sich damals auf 8,3 Millionen Schilling im Jahr. Dem entspricht heute ein jährliches Defizit des Bezirkes von 7 Millionen Schilling. Indem Fahrkarten der Bundesbahn in den Außer-Rodener Bezirk, irgendwo in Osterreich gelöst, erheblichen Preisreduktionen unterworfen wurden, hat man praktisch das Notstandsgebiet ausgerufen, das nur auf die gesperrte Grenze zurückzuführen ist.

Die Ausländerbesuche gleichen, wie das Jahr 1940 zeigt, den Ausfall der deutschen Gäste nicht im entferntesten aus. Es sind Engländer, Holländer, Italiener, Franzosen, Schweizer und Belgier, in der Reihenfolge ihres Anteils an der Frequenz der Übernachtungen genannt. Weicher Wechsel im Bild der

Gäste. Wo blieben die ungarischen Aristokraten, die tschechischen Industriellen, der slowakische Landadel, die rumänische Intelligenz, die kroatische Oberschicht, die sich so gern des Lebens in der Doppelmonarchie erinnerten, die Freunde aus Bulgarien und die Masse des reichsdeutschen Publikums? Auch in der Struktur der westeuropäischen Gäste ist ein Wandel eingetreten. Kein reicher Engländer mehr, der wenn er Geld ausgeben will, die Holiday Camps im Sterlinggebiet aufsucht, für Osterreich aber nur die üblichen 50 Pfund mitnehmen darf. Wie uns ein Innsbrucker Experte versichert, ist dieses englische Publikum auf der KDF-Ebene angelangt. Nur daß es diesmal nicht die Masse einbringt, sondern sogar nur Einzelreisende ist.

Bestrebungen sind im Gange, die den Fremdenverkehr beherrschende Touristenkarte wieder abzuschaffen. Diese Einrichtung habe ursprünglich den Zweck, den Fremdenstrom aus Westeuropa ins Land zu ziehen. Man ging z. B. in Bern in ein Reisebüro, kaufte dort die sogenannte Touristenkarte und bezahlte pro Tag 7 Schv. Fr., wofür man 15 Schilling und die osterreichische Lebensmittelpasskarte bekam. Davon konnte keiner leben. Also nahm der Fremde natürlich seine Dollarschwarze mit über die Grenze und umging den Kurs der Nationalbank. Die Touristenkarte hatte den Vorteil, daß mit ihr das Einreiseverbot verbunden war. Nachdem diese Passchwierigkeiten ohnehin behoben sind, erweist sich die Touristenkarte nur als Hindernis, den gesamten Betrag in ausländischer Währung schwarz einzuwechseln. Zu dem Wechselkurs der Nationalbank 1 DM = 2,5 könnte auch bei Öffnung der Grenze nach Osterreich kein Deutscher ins Land kommen. Nur der schwarze Kurs 1:4 entspricht etwa dem beiderseitigen Preisniveau und ermöglicht mit derselben Menge Geldes dasselbe Ziel in Osterreich wie in Westdeutschland auszubringen. Der schwarze Markt erweist sich bei dieser Wirklichkeitslage als die stärkste Bankrottschleife.

Ein eigenes Kapitel ist unser Hüttenwesen in den Bergen. Während 1938 Osterreich an das Reich angeschlossen wurde, nahmen die Hütten des Deutschen Alpenvereins einen umgehenden Weg. Sie wurden an Osterreich angeschlossen. Das schied 1945 erlaubt zu sein und wurde darum nicht wieder rückgängig gemacht. Schmidt daran war Hitler, der Innsbruck zur „Stadt

der Bergsteiger“ beförderte und den Sitz des Deutschen Alpenvereins dort hin verlegt hatte, wo er mit dem osterreichischen Verband fusioniert wurde. Somit erwachte der osterreichische Alpenverein aus der Katastrophe mit einem Millionenvermögen. Man konnte, soweit man die Mittel nicht bei der Geldumstellung verlor, Kriegsschäden besorgen und die Verwaltung des deutschen Hüttenbesitzes bestreiten. Nun ist der Topf allmählich leer geworden. Während z. B. im Frieden auf der Hildesheimer Höhe 3500 Leute nächtigten, waren es 1940 nur noch 300. Die osterreichische Alpenvereinsleitung begründet damit die Lockerung im kleinen Grenzverkehr von der französischen Zone in Deutschland her, die die Frequenz der Übernachtungen wenigstens in Vorarlberg in diesem Jahr senkte.

Die Frage des reichsdeutschen Eigentums, das die Hütten des Deutschen Alpenvereins in Osterreich bilden, wird in Regierungsreisen mit größtem Takt behandelt. Man spricht nur von „Ausländerischer Verwaltung“ und einer „Jugendlich nach den Prinzipien der Anständigkeit“. Man ist viel zu klug, um nicht zu wissen, daß man bei rückständiger Gleichschaltung nur Porellan in den nachbarlichen Beziehungen verschlagen würde. Die Osterreichischen Gesetze haben ohnehin die Ausschreitungen gegen Reichsdeutsche im Jahre 1941 als eine ungeschickte Dummheit erkennen lassen, an die man sich nur mit dem Gefühl äußerster Feindseligkeit noch erinnert. Tu felix Austria nunc. Den vorangegangenen Fehltritt möge man verzeihen. Denn das Sprichwort, daß Osterreichs Erfolge im Herrschen seiner Herrscher beruhten, gilt für unser profanes Jahrhundert immer noch, wenigstens was den Erfolg des Staatsbürgers durch das Löbige mit den fremden Gästen betrifft. „Zwischen ihnen und uns“, beleuerte der Bürgermeister von Innsbruck, „gibt es keinen Graben, nur die Mauern sind noch zu hoch“. Man verflüchtigt im übrigen das bayerische Hotelgewerbe bei der US-Militärregierung in München im Sinne einer starren Grenzsperrung zu intrigieren. Wir überschätzen die politische Kraft dieser Hoteliers nicht so sehr, weil sich bei Ausbreitung freibürgerlicher Grundbesitz und größerer Einkünften in die Struktur der europäischen Wirtschaft, zu der auch das Durchbluten der Alpenländer mit deutschen Gästen gehört, solche von Eigenem gesponnenen Fäden von selbst wieder zerfallen. Man sollte in Krisen den den neuen Hochkommissar McCloy nur die Folgen für die osterreichische Wirtschaft bedenken, wenn man meint, durch den Abbruch der Deutschen den Anseh der Osterreichler zu eliminieren. Das Konzept ist in einem vereinigten Europa ohnehin bedeutungslos. Wir, die in Osterreich 1940 getraumen Kinder, wollen ja belächelt nicht eine „Jahre“ Touristenkarte. Vielleicht gibt Cloy, was Cloy nicht sagt, eine absolute Erholung in den Bergen, Urlaub auf Ehrenwort für Deutsche nach Tirol. Polux.

Verstaatlichte Industrie braucht Investitionskredite. Die verstaatlichten Industrien in Osterreich arbeiteten, wie das Ministe-



Innsbruck: Altes Rathaus

rium für Wiederaufbau und Eigenheimkontrolle besteht, während des vergangenen Jahres mit Gewinn. Jedoch waren bedeutende Beihilfen erforderlich, um den Investitionsbedarf gewisser Industrien zu befriedigen; allein in Kraftwerken wurden 380 Mill. Sch., in der Eisenverarbeitenden Industrie 300 Millionen und im Kohlenbergbau 75 Millionen angelegt.

Osterreich — das Land der Ärzte

Die osterreichische Ärztekammer verwendet in diesen Tagen an alle Abiturienten ein Merkblatt, in dem sie vor der Ergreifung des ärztlichen Berufes warnen. Es heißt darin, in Osterreich seien heute 12 240 Ärzte tätig, was bei einer Einwohnerzahl von rund sieben Mill. bedeutet, daß auf je 572 Einwohner ein Arzt entfällt. Mit dieser Verhältniszahl ist Osterreich das ärztlichste Land Mitteleuropas. 9000 Medizinstudenten seien außerdem noch auf den osterreichischen Universitäten inskribiert und man rechnete damit, daß im kommenden Jahre 1000 davon promovieren. Entsprechend dieser Ärztenflation ist auch die wirtschaftliche Stellung des Arztberufes rund 1900 sind auf unbekanntlichen Stellen in den Spitälern tätig, die besetzten Assistenten gehören zu

den schlechtestbezahlten Berufen, z. B. verdient ein Assistent nach dem zweiten Praxisjahr 350.— Schilling im Monat, während die Putzfrau im Spital nicht unter 450.— Sch. arbeitet.

Japans Produktionsindex auf 55%

Die japanische Industrieproduktion erreichte im vergangenen Jahre 55% des durchschnittlichen Standes der Jahre 1930/34. Um das für 1933 gestellte Ziel zu erreichen, müßte nach Ansicht der Wirtschaftsberater des Generals MacArthur der Stand jener Jahre durchschnittlich um 33% überschritten werden.

Produktionsindex (1930/34 = 100)

| | 1938 | 1939 |
|--------------|------|------|
| Kohle | 108 | 155 |
| Eisenerz | 170 | 250 |
| Robeisen | 67 | 240 |
| Roheisen | 68 | 145 |
| Fertigstahl | 54 | 125 |
| Maschinen | 72 | 160 |
| Schiffbau | 170 | 615 |
| Kunststoffe | 82 | 285 |
| Baumwollgarn | 34 | 70 |
| Wolle | 38 | 40 |
| Robeide | 19 | 30 |

Nach der Zinnkonferenz in London

Gemäß einem Beschluß der sechsten besonderen Konferenz der Internationalen Zinn-Studiengruppe in London soll ein Arbeitsausschuß bis zum 30. September die Aussichten der Zinnindustrie klären und den Entwurf für ein Rohstoffkontroll-Abkommen vorlegen. Der gegebenenfalls auf einer internationalen Rohstoffkonferenz der Vereinten Nationen begutachtet werden soll.

Nach Ansicht der Studiengruppe wird 1951 ein Überschuß von 41 000 t Zinn vorhanden sein, der die Zinnerzeugung zunehmend belasten dürfte.

Die Studiengruppe schätzt die Zinnerzeugung für wirtschaftliche Zwecke im laufenden Jahr auf 170 000 t, rechnet für 1950 mit 190 000 t und für 1951 mit 250 000 t. Den Verbrauch der Wirtschaft im laufenden Jahre nimmt sie mit 130 000 t, im Jahre 1950 mit 150 000 t und 1951 mit 162 000 t an. Bei diesem Verbrauchsszenario setzt man voraus, daß die Zinnverbräucher in den Vereinigten Staaten spätestens Ende 1949 aufgehoben werden, wird Erzeugung und Verbrauch der USA 653 sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

Unmittelbare positive Ergebnisse sind von der Konferenz kaum erwartet worden. Jedoch lassen sich bereits etwas deutlicher die Divergenzen zwischen London und Washington erkennen, die auf die Dauer zu einer Senkung des Zinnpreises führen werden.

Die Vereinigten Staaten sind anschließend entschlossen, sich alljährlich mit den einzelnen Zinn-Ausfuhrländern auf bilateraler Basis zu verständigen, also aus der internationalen Organisation des Zinnmarktes auszuschiden. Dies dürfte in London mit Unbehagen vermerkt werden. Es ist zu erwarten, daß die Vereinigten Staaten zu Abhängen, den von London diktierten Zinnpreisen mit 193 c je lb zu bezahlen, der gegenüber den übrigen Metallen ungeschicklich hoch ist. Zinn ist — wie andere Metalle — in viel größerem Umfang gebortet worden, als zugegeben wird. Es ist kennzeichnend, daß gegenwärtig chinesische Exporteure Zinn für 80 c je lb anbieten.

Nach Erhebungen der Studiengruppe haben sich im April Weltzinn-Produktion gegenüber dem März ver-

ringert. Die Gewinnung der Welt an Zinnkonzentrat im April wird mit 12 800 angegeben gegen 15 500 im Vormonat; die Erzeugung von Zinnmetall stieg von 14 500 t auf 13 000 t zurück.

Ausgeführt wurden im April 6500 t Zinnkonzentrat insgesamt gegen 7400 im Vormonat und 6500 t Zinn in Metallform gegen 8700 t im Vormonat. Die Weltzinnproduktion der Erde stellte sich auf nur 358 000 t gegen 392 000 t. In den Vereinigten Staaten erreichte die 263 274 t gegen 290 981 t, in Großbritannien 45 700 t gegen 65 200 t.

Nach Mitteilung aus New York von Ende Juni ist der Ausfuhrpreis für Zinn, Prime Western, fast Goldhafen, erneut um 1/2 ct herabgesetzt worden auf 8 1/2 c je lb. Es verläuft, daß zum neuen Preise einige Ausfuhrschlüsse zustande kommen, daß aber die Inlandsfrage durch die steuerliche Herabsetzung nicht angeregt wurde. Zinnhandelsberichte sind der Meinung, daß man in Zukunft zwei Preise, nämlich Ausfuhrpreis und Inlandspreis notieren werde. Für Inlandslieferung beträgt der Zinnpreis noch 9 c je lb.

Angeichts der Möglichkeit des Wiederanstiegs eines Einfuhrpreises von 12 c je lb ist in letzter Zeit die Einfuhr von Zinn in die Vereinigten Staaten bedeutend. Aus Kanada und Südamerika lagen umfangreiche Angebote vor. Interessanten sind der Ansicht, daß in der zweiten Jahreshälfte die Zinnzufuhr wesentlich geringer sein werde, während der Verbrauch zunehmen dürfte.

Andererseits werden in dem jetzt beginnenden neuen Rechnungsjahr für die Vorratshaltung der Regierung Bleiküde in Höhe von 150 000 bis 200 000 t erwartet, davon der größte Teil in den ersten sechs Monaten. Die erforderlichen Mittel müssen allerdings noch vom Kongreß bewilligt werden.

In den letzten Junitagen kam es zu bedeutsamen Urteilen; die Abschlässe waren die größten seit Beginn des Preissturzes im März.

Auf der Jahres-Hauptversammlung der American Metal Co. erklärte Harold K. Hochschild, der Rückgang der Metallpreise stelle nichts anderes als eine gesunde Preisregulierung dar. Bestand an Metallen sei sicher noch vorhanden; er werde aber erst später wieder zum Vorschein kommen, da die Verarbeiter vorläufig von ihren Vorräten letzten britische Paktische rechnen in diesem Jahr mit einem gegenüber 1948 um mindestens 10% verminderten Weltmetallkonsum. Die Produktion bewege sich dagegen noch rascher in aufsteigender Richtung. Daß unter diesen Umständen die Preise noch weiter zurückgehen müßten, erscheine kaum zweifelhaft.

Holz der deutschen Ostprovinzen

Forstwirtschaft unter polnischer Verwaltung

Im Kriege hat der Waldbestand der deutschen Ostprovinzen nicht so stark gelitten wie die Wälder Altpolen. Die Waldfläche der polnisch verwalteten Gebiete beträgt nach offiziellen polnischen Angaben 2,71 Mill. Hektar; das sind rund 40 Prozent der bewaldeten Fläche Gesamtpolens. Die Kahlschläge erreichten im Kriege in den Ostprovinzen rund 100 000 ha und in den altpolnischen Gebieten 500 000 ha. Der jährliche Holzzuwachs je Hektar Wald stellt sich in den Ostprovinzen auf 3,1 fm, in Altpolen auf 1,5 fm. Vorhergehend sind Kiefern (70%) und Fichten (13%), Eichen und Buchen machen nur je 4%, Hol- und Weißbuchen je 2% aus.

Gegenwärtig befinden sich 2,63 Mill. ha der Forsten der Ostprovinzen in der Verwaltung der polnischen Forstbehörde. Sie wird ausgebaut von sechs Forstdirektionen in Danzig, Lignitz, Lohau, Allenstein, Kalisz und Breslau, denen 263 Oberförstereien unterstehen. Sie verwalten zugleich 30 Sägewerke, zwei Betriebe der chemischen Holzverarbeitung, drei Fischereiwirtschaften und eine größere Anzahl von Waldbahnen und Werkstätten.

Bei der Aufforstung wird vor allem eine Vermehrung des schwachen Laubbuchbestandes (14%) durch entsprechende Bepflanzung der neu und alten Kahlschläge und des Bruchlandes angestrebt. Aufforstet wurden 1943 bis 1946: 2794 ha, 1946/47: 11 421 ha und 1947/48: 20 042 ha. Die Forsten haben durch Schlingenstraß und ungeschickte Bewirtschaftung erheblich gelitten, besonders in den ersten Jahren nach dem Kriege. Waldbränden fielen mehrere tausend Hektar Nutzwald zum Opfer. Was den Wildschutz betrifft, es ist beabsichtigt, je ein Wildschutzgebiet (Reservat) auf der Insel Wollin und am Lebussee einzurichten.

Die polnisch-verwalteten Gebiete liefern gegenwärtig 55 Prozent des polnischen Rundholzaufkommens. Von dem im Wirtschaftsjahr 1947/48 eingezeichneten 11 Mill. Festmeter kamen 5,9 auf

dieses Gebiet. Der Einschlag gliedert sich wie folgt:

| | in 1000 fm |
|---------------------------------|------------|
| Großholz | 388 |
| Reisholz | 1 077 |
| Stämme | 32 |
| Schälholz | 92 |
| Paarholz | 15 |
| Reisholz für Tischlerarbeiten | 34 |
| Reisholz Holz | 21 |
| Reisholz und Reisholz | 1 528 |
| Reisholz und Reisholz | 13 |
| Reisholz aus privaten Waldungen | 28 |
| | 3 980 |

Ferner wurden aus diesen Waldungen im letzten Jahre 1800 t Harz, 4000 t Beeren, 1200 t Pilze und 1297 t Gerbstoff gewonnen.

Die von der staatlichen Forstverwaltung übernommenen Holzverarbeitungsbetriebe waren größtenteils zerstört oder durch Wegschaffung der technischen Anlagen außer Betrieb gesetzt. Nach und nach wurden diese Betriebe instandgesetzt oder wiederaufgebaut. Im Wirtschaftsjahr 1947/48 betrug die Schmelzproduktion in den polnisch verwalteten Gebieten 900 000, in Gesamtpolen 2 073 000 Festmeter. Für die Staats-Forsten arbeiten gegenwärtig außer den abgemauerten 206 Sägewerken noch zehn Fischereien mit 131 Holzbearbeitungsmaschinen, 5 Kleinfabriken mit 106 Maschinen, ferner vier Holzwerkstätten, zwei Spezialplattenfabriken und eine Plattenfabrik. Die chemische Holzverarbeitung der Staatsforstverwaltung ist durch eine Fabrik für trockene Holzdestillation in Wosowick und eine Harzextraktionsfabrik in Pnau vertreten. Insgesamt beschäftigt die Staatsforstverwaltung in den polnisch verwalteten Gebieten 39 000 Arbeiter.

Die übrigen Holzverarbeitenden Betriebe unterstehen der Zentralverwaltung der polnischen Holzindustrie. Darunter befinden sich nicht nur Sägewerke und Fabriken für Sperrplatten, Furniere usw., sondern auch zahlreiche Holzschleifereien und große Betriebe, die Wohn- und Büromöbel, Verpackungsmaterial, Galanteriewaren und Fässer herstellen. Durch Kriegshandlungen waren die großen Holzverarbeitungsbetriebe in Johannisburg, Mohrungen, Bihing und Koehala gleichsam zerstört

worden. Dies erklärt, daß sich der neue Investitionsplan der Zentralverwaltung der polnischen Holzindustrie fast im ganzen Umfang auf die polnisch verwalteten Gebiete, insbesondere auf die südliche Ostprovinz (Masurien) und Westprovinz, erstreckt. In der zu vier Fünfteln zerstörten Stadt Johannisburg wurde die verbleibende große Sperrholzfabrik wiederaufgebaut.

Bis 1950 sollen in Polen mindestens 150 000 ha Wald neu aufgeforstet werden, davon etwa ein Drittel Kriegskahlschläge. Die Versteppungs- und Hochwassergefahr soll dadurch beseitigt werden. Die Aufforstung erstreckt sich besonders auf die Wobesowickischen Kraskau, Warschau, Lublin und Loda, deren Bewaldung nach sechs Jahren mindestens ein Fünftel der Gesamtfläche erreichen soll. In der Umgebung von Brestin wird ein besonderer Windschutzgürtel angelegt.

Den Bedürfnissen der Papierindustrie wird durch Anpflanzung schnellwachsender Bäume (Pappel) entsprochen, deren Bestand bei Abschluß des Sechsjahresplanes 100 000 ha einnehmen soll. Ferner sollen die Produktion von Harz um 88, von Holzleim um 311, von Fichten um 450 und von Holzbohlen um 218% gegenüber 1945 gesteigert werden.

In der Holzindustrie sind in den kommenden sechs Jahren unter anderem folgende Neubauten vorgesehen: 57 Sägewerke, eine Buchenspertholzfabrik, ein Furnierwerk, ein Holzwerkzeugwerk und vier Holzverarbeitungsbetriebe.

Oder-Donau-Kanal

Nach den Plänen für den Oder-Donau-Kanal, für dessen Bau 15 Jahre vorgesehen sind, soll die Strecke zwischen Kessel an der Oder und dem tschechoslowakischen Industrieort Ostrau bereits in sieben Jahren fertig gestellt sein. Die Oder wird nach Verwirklichung des Kanalprojekts zwischen Kessel und Dübau in einer Länge von 300 km schiffbar sein. Abzweigungen des Kanals sollen nach Brunn Dübau und die Oder mit der Elbe verknüpfen.

Wann
Haarstiel kann schwinden,
schwecht sich lockende Haare,
wenn kann wieder zu neuem
Leben erweckt werden.

AUXOL
rettet
Ihr Haar

AUXOL bewirkt Erholung und Wiederaufbau des Haarstammes, nicht lediglich von einer Seite her, sondern erst mit seiner Wirkung an allen den Punkten, an die rasante Fortbewegung der Haarzellen erfolgt hat. Es ist ein unverzichtbares, noch bevorzogenes Verfahren, kranke oder kranke Haare von universeller und ungewöhnlich starker Wirkung. **NO AUXOL** behandeltes Haar wächst stark und glänzend und ist bei jeder Art von Haarausfall und bei schwindendem und lockem Haar.

F. WOLFF & SOHN-KARLSRUHE

Deutsche Gesellschaften

Bronnenfarbwerke AG.

Aus dem Geschäftsbericht der Bronnenfarbwerke AG vom Carl Schlenk, Bamberg, b. Nürnberg, für das Jahr 1947 geht hervor, daß die Anlagen wegen der schwierigen Rohstoffbeschaffung nur zum Teil ausgenutzt werden konnten. Der Export konnte im Berichtsjahr fast nicht ausbleiben, da erst jetzt in maßigem Umfang Metallverwertungen für den Export beschafft werden können.

Aus der Bilanz zum 31. 12. 1947: Aktiva: Anlagevermögen 383.600; Umlaufvermögen 1.062.283,33; Reservevermögen 284.877,26; Wertpapiere 120.000; Lieber- und Leistungsforderungen 21.948,24; Bankguthaben 2.623.217,84; sonstige Forderungen 1.967.000; Rücklagen 1.219.966,19; Wertberichtigungen 101.007,42; Rückstellungen 702.149,32; Verbindlichkeiten 2.021.149,32; Rechnungsabgrenzung 88.731,25.

Aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. 12. 1947: Aufwendungen an Löhnen u. Gehältern 238.074,71; an sozialen Abgaben 50.708,41; Abschreibungen 24.000,24; Steuern vom Ertrag und Vermögenswerten 10.000,00; Ertragsteuern 284.877,26; Wertpapiere 120.000; Lieber- und Leistungsforderungen 21.948,24; Bankguthaben 2.623.217,84; sonstige Forderungen 1.967.000; Rücklagen 1.219.966,19; Wertberichtigungen 101.007,42; Rückstellungen 702.149,32; Rechnungsabgrenzung 88.731,25.

Deutsche Bergin AG.

Die Hauptversammlung der Deutsche Bergin AG, Mannheim, hat am 12. Juli 1949 die Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 1948/49 genehmigt. Der Umsatz betrug 1.000.000,00 DM, der Gewinn 100.000,00 DM. Die Bilanz zum 31. 12. 1947: Aktiva: Anlagevermögen 600.000; Umlaufvermögen 2.000.000; Rücklagen 1.000.000; Verbindlichkeiten 1.000.000; Rechnungsabgrenzung 100.000.

Salzwerk Hellbrunn AG.

Die Salzwerk Hellbrunn AG in Hellbrunn hat ihre Bilanz zum 31. 12. 1947 vorgelegt. Der Umsatz betrug 1.000.000,00 DM, der Gewinn 100.000,00 DM. Die Bilanz zum 31. 12. 1947: Aktiva: Anlagevermögen 600.000; Umlaufvermögen 2.000.000; Rücklagen 1.000.000; Verbindlichkeiten 1.000.000; Rechnungsabgrenzung 100.000.

Salzdetfurth AG.

Die Salzdetfurth AG in Bad Salzdetfurth hat ihre Bilanz zum 31. 12. 1947 vorgelegt. Der Umsatz betrug 1.000.000,00 DM, der Gewinn 100.000,00 DM. Die Bilanz zum 31. 12. 1947: Aktiva: Anlagevermögen 600.000; Umlaufvermögen 2.000.000; Rücklagen 1.000.000; Verbindlichkeiten 1.000.000; Rechnungsabgrenzung 100.000.

Salzdetfurth AG.

Der Vorstand der Gesellschaft hat am 12. Juli 1949 die Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 1948/49 genehmigt. Der Umsatz betrug 1.000.000,00 DM, der Gewinn 100.000,00 DM. Die Bilanz zum 31. 12. 1947: Aktiva: Anlagevermögen 600.000; Umlaufvermögen 2.000.000; Rücklagen 1.000.000; Verbindlichkeiten 1.000.000; Rechnungsabgrenzung 100.000.

Salzdetfurth AG.

Die Bilanz zum 31. 12. 1947: Aktiva: Anlagevermögen 600.000; Umlaufvermögen 2.000.000; Rücklagen 1.000.000; Verbindlichkeiten 1.000.000; Rechnungsabgrenzung 100.000.

Welt-Warenmärkte

Kupfer und Weizen gestiegen

Die Entwicklung an den Weltrohmärkten in der Berichtwoche war völlig durch die Erwartung auf die Erklärung des britischen Schatzkassiers überschattet. Er hat zwar erklärt, das Pfund Sterling werde nicht abgewertet, es darf jedoch nicht übersehen werden, daß mit dieser Erklärung die letzten, das sind immerhin 200 Mill. Pfund Sterling, die im Juli abgewertet wurden, es gibt in der Abwertung des Pfund Sterling, sondern richtig ausgedrückt in die Umwertung des Pfundes und der übrigen europäischen Währungen, es geht darum, wie ein Preisniveau in den Cambridge-Universität formuliert, eine neue Basis für Währungen und Preise zu finden und die Welt von den Inflation und Deflation Währungen und Preisen, unter denen ihre wirtschaftliche Entwicklung sei. Kritischer ist in der Cambridge-Universität formuliert, eine neue Basis für Währungen und Preise zu finden und die Welt von den Inflation und Deflation Währungen und Preisen, unter denen ihre wirtschaftliche Entwicklung sei.

berücksichtigt. Man rechnet ferner mit guten Aufträgen in Getreide und Mehl, zumal da für diesen Zweck wahrscheinlich ECA-Zuweisungen in genügender Höhe zur Verfügung stehen werden. Die neuesten Schätzungen sprechen von 900 Mill. Bushel Winterweizen und 220 Mill. Bushel Sommerweizen. Das sind immerhin 200 Mill. Bushel weniger als die amtliche Ernterwartung von 10, Juli ansehend. Der Überschuss aus dem laufenden Erntejahr würde sich damit, in runden Zahlen, von 400 bis 500 Mill. auf 200 bis 300 Mill. Bushel reduzieren. In Anbetracht der guten Ernterwartungen aus anderen wichtigen Getreideanbauländern kann man verstehen, daß diese Entwicklung, so paradox es klingt, in den USA begrüßt wird. Das kanadische staatliche Büro schätzt den Ernterückstand für 1948/49 auf 27 Mill. tons gegenüber 20 Mill. tons im 1947/48. Kanada hat im Juli 1949 ein Handelsbilanzüberschuss von 1,1 Mill. tons erzielt.

Getreidepreise Chicago (in Dollar-Cent je Bushel, 1 Bushel = 35,23 Liter)

| | | |
|-----------|--------|--------|
| Juli | 62 1/2 | 62 1/2 |
| September | 64 1/2 | 64 1/2 |
| Dezember | 65 1/2 | 65 1/2 |

Getreidepreise Winnipeg (in Dollar-Cent je Bushel, 1 Bushel = 35,23 Liter)

| | | |
|-----------|--------|--------|
| Juli | 77 1/2 | 77 1/2 |
| September | 79 1/2 | 79 1/2 |
| Dezember | 80 1/2 | 80 1/2 |

Getreidepreise London (in Dollar-Cent je Bushel, 1 Bushel = 35,23 Liter)

| | | |
|-----------|---------|---------|
| Juli | 130 1/2 | 130 1/2 |
| September | 132 1/2 | 132 1/2 |
| Dezember | 134 1/2 | 134 1/2 |

Getreidepreise London (in Dollar-Cent je Bushel, 1 Bushel = 35,23 Liter)

| | | |
|-----------|---------|---------|
| Juli | 113 1/2 | 113 1/2 |
| September | 115 1/2 | 115 1/2 |
| Dezember | 117 1/2 | 117 1/2 |

berücksichtigt. Man rechnet ferner mit guten Aufträgen in Getreide und Mehl, zumal da für diesen Zweck wahrscheinlich ECA-Zuweisungen in genügender Höhe zur Verfügung stehen werden. Die neuesten Schätzungen sprechen von 900 Mill. Bushel Winterweizen und 220 Mill. Bushel Sommerweizen. Das sind immerhin 200 Mill. Bushel weniger als die amtliche Ernterwartung von 10, Juli ansehend. Der Überschuss aus dem laufenden Erntejahr würde sich damit, in runden Zahlen, von 400 bis 500 Mill. auf 200 bis 300 Mill. Bushel reduzieren. In Anbetracht der guten Ernterwartungen aus anderen wichtigen Getreideanbauländern kann man verstehen, daß diese Entwicklung, so paradox es klingt, in den USA begrüßt wird. Das kanadische staatliche Büro schätzt den Ernterückstand für 1948/49 auf 27 Mill. tons gegenüber 20 Mill. tons im 1947/48. Kanada hat im Juli 1949 ein Handelsbilanzüberschuss von 1,1 Mill. tons erzielt.

Getreidepreise London (in Dollar-Cent je Bushel, 1 Bushel = 35,23 Liter)

| | | |
|-----------|---------|---------|
| Juli | 113 1/2 | 113 1/2 |
| September | 115 1/2 | 115 1/2 |
| Dezember | 117 1/2 | 117 1/2 |

Getreidepreise London (in Dollar-Cent je Bushel, 1 Bushel = 35,23 Liter)

| | | |
|-----------|---------|---------|
| Juli | 113 1/2 | 113 1/2 |
| September | 115 1/2 | 115 1/2 |
| Dezember | 117 1/2 | 117 1/2 |

Getreidepreise London (in Dollar-Cent je Bushel, 1 Bushel = 35,23 Liter)

| | | |
|-----------|---------|---------|
| Juli | 113 1/2 | 113 1/2 |
| September | 115 1/2 | 115 1/2 |
| Dezember | 117 1/2 | 117 1/2 |

Getreidepreise London (in Dollar-Cent je Bushel, 1 Bushel = 35,23 Liter)

| | | |
|-----------|---------|---------|
| Juli | 113 1/2 | 113 1/2 |
| September | 115 1/2 | 115 1/2 |
| Dezember | 117 1/2 | 117 1/2 |

Getreidepreise London (in Dollar-Cent je Bushel, 1 Bushel = 35,23 Liter)

| | | |
|-----------|---------|---------|
| Juli | 113 1/2 | 113 1/2 |
| September | 115 1/2 | 115 1/2 |
| Dezember | 117 1/2 | 117 1/2 |

Getreidepreise London (in Dollar-Cent je Bushel, 1 Bushel = 35,23 Liter)

| | | |
|-----------|---------|---------|
| Juli | 113 1/2 | 113 1/2 |
| September | 115 1/2 | 115 1/2 |
| Dezember | 117 1/2 | 117 1/2 |

Getreidepreise London (in Dollar-Cent je Bushel, 1 Bushel = 35,23 Liter)

| | | |
|-----------|---------|---------|
| Juli | 113 1/2 | 113 1/2 |
| September | 115 1/2 | 115 1/2 |
| Dezember | 117 1/2 | 117 1/2 |

Getreidepreise London (in Dollar-Cent je Bushel, 1 Bushel = 35,23 Liter)

| | | |
|-----------|---------|---------|
| Juli | 113 1/2 | 113 1/2 |
| September | 115 1/2 | 115 1/2 |
| Dezember | 117 1/2 | 117 1/2 |

Getreidepreise London (in Dollar-Cent je Bushel, 1 Bushel = 35,23 Liter)

| | | |
|-----------|---------|---------|
| Juli | 113 1/2 | 113 1/2 |
| September | 115 1/2 | 115 1/2 |
| Dezember | 117 1/2 | 117 1/2 |

Getreidepreise London (in Dollar-Cent je Bushel, 1 Bushel = 35,23 Liter)

| | | |
|-----------|---------|---------|
| Juli | 113 1/2 | 113 1/2 |
| September | 115 1/2 | 115 1/2 |
| Dezember | 117 1/2 | 117 1/2 |

Getreidepreise London (in Dollar-Cent je Bushel, 1 Bushel = 35,23 Liter)

| | | |
|-----------|---------|---------|
| Juli | 113 1/2 | 113 1/2 |
| September | 115 1/2 | 115 1/2 |
| Dezember | 117 1/2 | 117 1/2 |

Getreidepreise London (in Dollar-Cent je Bushel, 1 Bushel = 35,23 Liter)

| | | |
|-----------|---------|---------|
| Juli | 113 1/2 | 113 1/2 |
| September | 115 1/2 | 115 1/2 |
| Dezember | 117 1/2 | 117 1/2 |

Getreidepreise London (in Dollar-Cent je Bushel, 1 Bushel = 35,23 Liter)

| | | |
|-----------|---------|---------|
| Juli | 113 1/2 | 113 1/2 |
| September | 115 1/2 | 115 1/2 |
| Dezember | 117 1/2 | 117 1/2 |

Getreidepreise London (in Dollar-Cent je Bushel, 1 Bushel = 35,23 Liter)

| | | |
|-----------|---------|---------|
| Juli | 113 1/2 | 113 1/2 |
| September | 115 1/2 | 115 1/2 |
| Dezember | 117 1/2 | 117 1/2 |

Getreidepreise London (in Dollar-Cent je Bushel, 1 Bushel = 35,23 Liter)

| | | |
|-----------|---------|---------|
| Juli | 113 1/2 | 113 1/2 |
| September | 115 1/2 | 115 1/2 |
| Dezember | 117 1/2 | 117 1/2 |

Getreidepreise London (in Dollar-Cent je Bushel, 1 Bushel = 35,23 Liter)

| | | |
|-----------|---------|---------|
| Juli | 113 1/2 | 113 1/2 |
| September | 115 1/2 | 115 1/2 |
| Dezember | 117 1/2 | 117 1/2 |

PERSONALIEN

Generaldir. Dr.-Ing. Wilh. Roelen 60 Jahre alt

Der Generaldirektor der Thyssenwerke AG und Wasserwerke GmbH, und der Generaldirektor Walsum in Duisburg-Hamborn, Dr.-Ing. Wilhelm Roelen, vollendet am 8. Juli sein 60. Lebensjahr.

Er entstammt einer alten Bergmannsfamilie, studierte an der Technischen Hochschule in Aachen, und promovierte mit der Facharbeit „Die Wasserstraßen der Bergbauindustrie im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet“.

Dr. Roelen hatte Gelegenheit auf zahlreichen Reisen nach Amerika, die ihm die besten Kenntnisse über die Entwicklung der Bergbauindustrie in den USA, besonders die Maschinenbauindustrie, verschafften.

Dr. Roelen hatte Gelegenheit auf zahlreichen Reisen nach Amerika, die ihm die besten Kenntnisse über die Entwicklung der Bergbauindustrie in den USA, besonders die Maschinenbauindustrie, verschafften.

Dr. Roelen hatte Gelegenheit auf zahlreichen Reisen nach Amerika, die ihm die besten Kenntnisse über die Entwicklung der Bergbauindustrie in den USA, besonders die Maschinenbauindustrie, verschafften.

Sitzverlegung

Die zum Krupp-Konzern gehörende „AG für Untersuchungen der Eisen- und Stahlindustrie“, Essen, hat ihren Sitz von Berlin nach Essen verlegt. Die Gesellschaft, deren AG 25 Mill. RM beträgt, ist eine reine Holdinggesellschaft, die die Verwaltung von Krupp'schen Beteiligungen in der Eisen- und Stahlindustrie.

Der Sitz der „AG für Untersuchungen der Eisen- und Stahlindustrie“, Essen, hat ihren Sitz von Berlin nach Essen verlegt. Die Gesellschaft, deren AG 25 Mill. RM beträgt, ist eine reine Holdinggesellschaft, die die Verwaltung von Krupp'schen Beteiligungen in der Eisen- und Stahlindustrie.

Wolle

Die am 7. Juli begonnene Londoner Wollversteigerung brachte gegenüber den vorigen Versteigerungen in Liverpool wesentliche Preisrückgänge. Australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung.

Die australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung. Australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung.

Die australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung. Australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung.

Die australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung. Australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung.

Die australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung. Australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung.

Die australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung. Australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung.

Die australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung. Australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung.

Die australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung. Australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung.

Die australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung. Australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung.

Die australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung. Australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung.

Die australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung. Australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung.

Die australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung. Australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung.

Die australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung. Australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung.

Die australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung. Australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung.

Die australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung. Australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung.

Die australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung. Australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung.

Die australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung. Australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung.

Die australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung. Australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung.

Die australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung. Australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung.

Die australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung. Australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung.

Die australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung. Australische Merinos erzielten Gewinne bis zu 10% über den Preis der letzten Versteigerung.

Im Bau des Verbundwerkes Walsum, der neuen Zeche in Westerstede, setzte Dr. Roelen seine Kenntnisse und Erfahrungen in die Tat um. Der neuartige Fortschritt dieses Grundlages ist ein wertvolles Zeichen des technischen Fortschritts.

Generaldirektor Roelen wird mit Recht als der Vater der modernen Bergbauindustrie in der Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet und als Hauptvertreter des Gedanken der Verbundwirtschaft auf Kraft- und wärmewirtschaftlichem Gebiet angesehen.

Die Wiedergang des Lebenswerkes Dr. Roelen kommt am deutlichsten in den zahlreichen Ehrungen zum Ausdruck, die dem Jubilar zuteil wurden. Er ist u. a. Ehrenbürger der Technischen Hochschule Aachen und Mitglied des Kuratoriums des Max-Planck-Instituts für Kohlenforschung und des Verwaltungsrates von Fördergesellschaften, von Hochschulen und Universitäten. Außerdem gehört er auch dem Vorstand bzw. Aufsichtsrat zahlreicher Gesellschaften, verschiedener bergbauwirtschaftlicher Ausschüsse und wissenschaftlicher Beiräte an.

Die Wiedergang des Lebenswerkes Dr. Roelen kommt am deutlichsten in den zahlreichen Ehrungen zum Ausdruck, die dem Jubilar zuteil wurden. Er ist u. a. Ehrenbürger der Technischen Hochschule Aachen und Mitglied des Kuratoriums des Max-Planck-Instituts für Kohlenforschung und des Verwaltungsrates von Fördergesellschaften, von Hochschulen und Universitäten. Außerdem gehört er auch dem Vorstand bzw. Aufsichtsrat zahlreicher Gesellschaften, verschiedener bergbauwirtschaftlicher Ausschüsse und wissenschaftlicher Beiräte an.

Die Wiedergang des Lebenswerkes Dr. Roelen kommt am deutlichsten in den zahlreichen Ehrungen zum Ausdruck, die dem Jubilar zuteil wurden. Er ist u. a. Ehrenbürger der Technischen Hochschule Aachen und Mitglied des Kuratoriums des Max-Planck-Instituts für Kohlenforschung und des Verwaltungsrates von Fördergesellschaften, von Hochschulen und Universitäten. Außerdem gehört er auch dem Vorstand bzw. Aufsichtsrat zahlreicher Gesellschaften, verschiedener bergbauwirtschaftlicher Ausschüsse und wissenschaftlicher Beiräte an.

Die Wiedergang des Lebenswerkes Dr. Roelen kommt am deutlichsten in den zahlreichen Ehrungen zum Ausdruck, die dem Jubilar zuteil wurden. Er ist u. a. Ehrenbürger der Technischen Hochschule Aachen und Mitglied des Kuratoriums des Max-Planck-Instituts für Kohlenforschung und des Verwaltungsrates von Fördergesellschaften, von Hochschulen und Universitäten. Außerdem gehört er auch dem Vorstand bzw. Aufsichtsrat zahlreicher Gesellschaften, verschiedener bergbauwirtschaftlicher Ausschüsse und wissenschaftlicher Beiräte an.

Die Wiedergang des Lebenswerkes Dr. Roelen kommt am deutlichsten in den zahlreichen Ehrungen zum Ausdruck, die dem Jubilar zuteil wurden. Er ist u. a. Ehrenbürger der Technischen Hochschule Aachen und Mitglied des Kuratoriums des Max-Planck-Instituts für Kohlenforschung und des Verwaltungsrates von Fördergesellschaften, von Hochschulen und Universitäten. Außerdem gehört er auch dem Vorstand bzw. Aufsichtsrat zahlreicher Gesellschaften, verschiedener bergbauwirtschaftlicher Ausschüsse und wissenschaftlicher Beiräte an.

Die Wiedergang des Lebenswerkes Dr. Roelen kommt am deutlichsten in den zahlreichen Ehrungen zum Ausdruck, die dem Jubilar zuteil wurden. Er ist u. a. Ehrenbürger der Technischen Hochschule Aachen und Mitglied des Kuratoriums des Max-Planck-Instituts für Kohlenforschung und des Verwaltungsrates von Fördergesellschaften, von Hochschulen und Universitäten. Außerdem gehört er auch dem Vorstand bzw. Aufsichtsrat zahlreicher Gesellschaften, verschiedener bergbauwirtschaftlicher Ausschüsse und wissenschaftlicher Beiräte an.

Die Wiedergang des Lebenswerkes Dr. Roelen kommt am deutlichsten in den zahlreichen Ehrungen zum Ausdruck, die dem Jubilar zuteil wurden. Er ist u. a. Ehrenbürger der Technischen Hochschule Aachen und Mitglied des Kuratoriums des Max-Planck-Instituts für Kohlenforschung und des Verwaltungsrates von Fördergesellschaften, von Hochschulen und Universitäten. Außerdem gehört er auch dem Vorstand bzw. Aufsichtsrat zahlreicher Gesellschaften, verschiedener bergbauwirtschaftlicher Ausschüsse und wissenschaftlicher Beiräte an.

Die Wiedergang des Lebenswerkes Dr. Roelen kommt am deutlichsten in den zahlreichen Ehrungen zum Ausdruck, die dem Jubilar zuteil wurden. Er ist u. a. Ehrenbürger der Technischen Hochschule Aachen und Mitglied des Kuratoriums des Max-Planck-Instituts für Kohlenforschung und des Verwaltungsrates von Fördergesellschaften, von Hochschulen und Universitäten. Außerdem gehört er auch dem Vorstand bzw. Aufsichtsrat zahlreicher Gesellschaften, verschiedener bergbauwirtschaftlicher Ausschüsse und wissenschaftlicher Beiräte an.

Die Wiedergang des Lebenswerkes Dr. Roelen kommt am deutlichsten in den zahlreichen Ehrungen zum Ausdruck, die dem Jubilar zuteil wurden. Er ist u. a. Ehrenbürger der Technischen Hochschule Aachen und Mitglied des Kuratoriums des Max-Planck-Instituts für Kohlenforschung und des Verwaltungsrates von Fördergesellschaften, von Hochschulen und Universitäten. Außerdem gehört er auch dem Vorstand bzw. Aufsichtsrat zahlreicher Gesellschaften, verschiedener bergbauwirtschaftlicher Ausschüsse und wissenschaftlicher Beiräte an.

Die Wiedergang des Lebenswerkes Dr. Roelen kommt am deutlichsten in den zahlreichen Ehrungen zum Ausdruck, die dem Jubilar zuteil wurden. Er ist u. a. Ehrenbürger der Technischen Hochschule Aachen und Mitglied des Kuratoriums des Max-Planck-Instituts für Kohlenforschung und des Verwaltungsrates von Fördergesellschaften, von Hochschulen und Universitäten. Außerdem gehört er auch dem Vorstand bzw. Aufsichtsrat zahlreicher Gesellschaften, verschiedener bergbauwirtschaftlicher Ausschüsse und wissenschaftlicher Beiräte an.

Die Wiedergang des Lebenswerkes Dr. Roelen kommt am deutlichsten in den zahlreichen Ehrungen zum Ausdruck, die dem Jubilar zuteil wurden. Er ist u. a. Ehrenbürger der Technischen Hochschule Aachen und Mitglied des Kuratoriums des Max-Planck-Instituts für Kohlenforschung und des Verwaltungsrates von Fördergesellschaften, von Hochschulen und Universitäten. Außerdem gehört er auch dem Vorstand bzw. Aufsichtsrat zahlreicher Gesellschaften, verschiedener bergbauwirtschaftlicher Ausschüsse und wissenschaftlicher Beiräte an.

Die Wiedergang des Lebenswerkes Dr. Roelen kommt am deutlichsten in den zahlreichen Ehrungen zum Ausdruck, die dem Jubilar zuteil wurden. Er ist u. a. Ehrenbürger der Technischen Hochschule Aachen und Mitglied des Kuratoriums des Max-Planck-Instituts für Kohlenforschung und des Verwaltungsrates von Fördergesellschaften, von Hochschulen und Universitäten. Außerdem gehört er auch dem Vorstand bzw. Aufsichtsrat zahlreicher Gesellschaften, verschiedener bergbauwirtschaftlicher Ausschüsse und wissenschaftlicher Beiräte an.

Die Wiedergang des Lebenswerkes Dr. Roelen kommt am deutlichsten in den zahlreichen Ehrungen zum Ausdruck, die dem Jubilar zuteil wurden. Er ist u. a. Ehrenbürger der Technischen Hochschule Aachen und Mitglied des Kuratoriums des Max-Planck-Instituts für Kohlenforschung und des Verwaltungsrates von Fördergesellschaften, von Hochschulen und Universitäten. Außerdem gehört er auch dem Vorstand bzw. Aufsichtsrat zahlreicher Gesellschaften, verschiedener bergbauwirtschaftlicher Ausschüsse und wissenschaftlicher Beiräte an.

Die Wiedergang des Lebenswerkes Dr. Roelen kommt am deutlichsten in den zahlreichen Ehrungen zum Ausdruck, die dem Jubilar zuteil wurden. Er ist u. a. Ehrenbürger der Technischen Hochschule Aachen und Mitglied des Kuratoriums des Max-Planck-Instituts für Kohlenforschung und des Verwaltungsrates von Fördergesellschaften, von Hochschulen und Universitäten. Außerdem gehört er auch dem Vorstand bzw. Aufsichtsrat zahlreicher Gesellschaften, verschiedener bergbauwirtschaftlicher Ausschüsse und wissenschaftlicher Beiräte an.

Die Wiedergang des Lebenswerkes Dr. Roelen kommt am deutlichsten in den zahlreichen Ehrungen zum Ausdruck, die dem Jubilar zuteil wurden. Er ist u. a. Ehrenbürger der Technischen Hochschule Aachen und Mitglied des Kuratoriums des Max-Planck-Instituts für Kohlenforschung und des Verwaltungsrates von Fördergesellschaften, von Hochschulen und Universitäten. Außerdem gehört er auch dem Vorstand bzw. Aufsichtsrat zahlreicher Gesellschaften, verschiedener bergbauwirtschaftlicher Ausschüsse und wissenschaftlicher Beiräte an.

Die Wiedergang des Lebenswerkes Dr. Roelen kommt am deutlichsten in den zahlreichen Ehrungen zum Ausdruck, die dem Jubilar zuteil wurden. Er ist u. a. Ehrenbürger der Technischen Hochschule Aachen und Mitglied des Kuratoriums des Max-Planck-Instituts für Kohlenforschung und des Verwaltungsrates von Fördergesellschaften, von Hochschulen und Universitäten. Außerdem gehört er auch dem Vorstand bzw. Aufsichtsrat zahlreicher Gesellschaften, verschiedener bergbauwirtschaftlicher Ausschüsse und wissenschaftlicher Beiräte an.

Die Wiedergang des Lebenswerkes Dr. Roelen kommt am deutlichsten in den zahlreichen Ehrungen zum Ausdruck, die dem Jubilar zuteil wurden. Er ist u. a. Ehrenbürger der Technischen Hochschule Aachen und Mitglied des Kuratoriums des Max-Planck-Instituts für Kohlenforschung und des Verwaltungsrates von Fördergesellschaften, von Hochschulen und Universitäten. Außerdem gehört er auch dem Vorstand bzw. Aufsichtsrat zahlreicher Gesellschaften, verschiedener bergbauwirtschaftlicher Ausschüsse und wissenschaftlicher Beiräte an.

